



Demokrat

der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . K 2 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—
Kündigung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einleitung der
Retourkarten.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich 1922.

2. Jahrgang.

Mittwoch, 20. Dezember 1922.

Nr. 298.

Die Wohltäter.

Im tschechoslowakischen Abgeordnetenhaus ist dem Prälaten Seipel, der gegenwärtig Kanzler der österreichischen Republik ist, ein warmer Anwalt entstanden. Dieser wackere Verteidiger, der mit der Wucht seiner forensischen Beredsamkeit mit der Verteidigung Seipels zugleich jene der Politik Dr. Beneš verknüpfte, ist — der tschechische Sozialdemokrat Dr. Leo Winter. Gemäß dem in unserem Parlament eingebürgerten Axiom, daß, wenn es eine scholle Sache zu verteidigen gibt, dies stets ein tschechischer Sozialdemokrat zu besorgen habe, war es diesmal er, dem die Erbringung des Beweises oblag, daß die Mitgarantie des tschechoslowakischen Staates an der in Genf beschlossenen Kreditanleihe für Oesterreich eine unendliche Wohltat bedeute und daß jene, die an dem Genfer Vertrag etwas zu kritisieren finden, unheilbare Nörgler sind. Er entledigte sich dieser ex-offo-Verteidigung mit einer Bedenkenlosigkeit, die ihn als Jünger jedes Barreaus erscheinen läßt. Und was das Schönste ist: diese Verteidigungsrede wurde im Namen des Sozialismus vorgetragen, freilich dessen seltsamer Spielart, die sich tschechische Sozialdemokratie nennt.

Man weiß, was der Genfer Sklavenvertrag bedeutet: daß er die Folge der Versäufnis und St. Germainer Friedensdiktate ist und unter dem Vorwande, der kranken Staate Oesterreich Hilfe zu bringen, ihm die würgende Schnur um den Hals legt. Dr. Winter sieht wohl auch diese Schnur, aber seine beneidenswerte Phantasie läßt sie ihm als das rettende Seil erscheinen, das Oesterreich zugeworfen wird, um es von seinen wirtschaftlichen und finanziellen Nöten zu befreien. Daß so viel schöne Phantasiebegabung sonst brach liegt, ist jammerschade, es könnte beim Märchendichten doch so nützliche Anwendung finden.

Dr. Winter leitete seine Ausführungen mit der Versicherung ein, daß es nicht wahr sei, wenn behauptet werde, die Friedensverträge wären an der wirtschaftlichen Zerrüttung Oesterreichs schuld. Er hält Oesterreich vielmehr für einen recht bössartigen Patienten, denn Oesterreich hätte, nach ihm, seine Wirtschaftskrise vermeiden können, wenn es sich nach dem Umsturz den veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt hätte. Aber — so sprach Dr. Winter ganz ähnlich weiter, wie dies vor nicht zu langer Zeit Dr. Rajchin tat — Oesterreich habe sorglos weitergelebt, wie es dies vor und während des Krieges tat. Niemand in Oesterreich habe sich um dessen gesunde Entwicklung gekümmert, daher mußte es in wirtschaftliche Not geraten. Solche Rede würde irgend einen psychopathischen tschechischen Nationalisten, auf den das Schlagwort Oesterreich wie ein rotes Tuch auf eine bekannte Tiergattung wirkt, ganz ausgezeichnet kleiden; den tschechischen Sozialdemokraten Dr. Winter dagegen muß man doch fragen, warum das Kunststück der wirtschaftlichen, politischen und finanziellen Konsolidierung nicht einmal die — Tschechoslowakei fertig gebracht hat, der doch bei ihrer Geburt ganz andere Voraussetzungen dazu zugestanden wurden, als dem armen Oesterreich, und in der so viele Erleuchtete leben, die sich berufen fühlen, anderen so gute weise Lehren zu erteilen. Wenn an Oesterreichs Wirtschaftskrise die Unfähigkeit und Bössartigkeit seiner früheren Lenker die Schuld trägt, so sollte sich der Herr Dr. Beneš dienstbeflissene Dr. Winter doch fragen, warum denn die Tschechoslowakei von einer so ungeheueren Wirtschaftskrise heimgesucht ist und weder seine politischen, noch seine finanziellen Verhältnisse jene Konsolidierung zeigen, welche ihn berechtigten könnten, auf das von den Friedensmachern mißhandelte und verstümmelte Oesterreich die Schale seines Hohnes auszugeben.

Aber Dr. Winter weiß Oesterreich auch genugzutun. Wenn es auch im Lande niemanden hat, der es gut mit ihm meint, so habe er an seinem Nachbarn, der Tschechoslowakei,

Neue Krisenstimmung in Lausanne.

Lausanne, 18. Dezember. (Savas.) Die einflussreichen Mächte Frankreich, England und Italien sind entschlossen, die Beendigung der Konferenzarbeiten zu beschleunigen. Das veranlagte sie, den Russen gestern zu erklären, daß sie einer Wiederaufnahme der Aussprache über die Meerengenfrage auf Grund des russischen Gegenantrages nicht zustimmen. Die Konferenz tagt bereits fünf Wochen und es sind bereits vierzehn Tage seit dem Beginn der Erörterung der Meerengenfrage verstrichen. Erst heute haben die Türken und die Russen der Konferenz schriftliche Vorschläge unterbreitet. Lord Curzon erklärte in der heutigen Sitzung dieses Vorgehen als unzulässig. Es met Pascha brachte mit ziemlich untristiger Begründung die im türkischen Gegenantrag enthaltenen Vorbehalte seines Landes vor. Tschitscherin bekämpfte in lebhafter Weise den interalliierten Vorschlag, von welchem er behauptete, daß er gegen Russland aufgestellt wurde und daß die Alliierten den Versuch gemacht haben, die Türken von den Russen zu trennen. Er beantragte eine sorgfältige Prüfung der russischen Gegenanträge. Auch Jemet Pascha verlangte eine detaillierte Prüfung der türkischen Gegenanträge, worauf ihm Lord Curzon, die im Wesen gleiche Antwort wie Tschitscherin gab.

en. Um es aber zu glauben, müßten die freundlichen Aerzte an ihren eigenen Staaten, die sich selber in keinem gerade bewundernswerten Zustande befinden, es erst vormachen. Aber Dr. Winter muß eben dem Oesterreich zu gewährenden Kredit solche Wunderwirkungen zuschreiben, denn sonst könnte er nicht die von Dr. Beneš in Genf mitbeschlossenen Anleihebedingungen für Oesterreich rechtfertigen. Auch ein tschechischer Sozialdemokrat könnte es schließlich seinen Anhängern nicht einreden, daß der Eingriff in die Souveränitätsrechte Oesterreichs, die Ausschaltung dessen Parlamentes durch zwei Jahre und die Einsetzung eines ausländischen Finanzdiktators für die Dauer von mindestens zwanzig Jahren von jemand, der sich noch immer Sozialdemokrat nennt, gutgeheißen werden können. Aber dem Dr. Winter heiligt der Zweck das Mittel und als diesen Zweck gibt er die auch im Interesse der Tschechoslowakei gelegene Wiederherstellung Oesterreichs vor. Da er dieser Kata morgana nachsagt, sieht er nicht und will er nicht die Schändung der Freiheit und der Selbstständigkeitsrechte Oesterreichs durch die Genfer Protokolle sehen. Auf den Vorhalt, daß das hervorragende Mitglied der englischen Labour Party Buxton im englischen Parlament gegen den Genfer Vertrag gesprochen habe, den er als eine schwere Verletzung der Demokratie bezeichnete, hat Dr. Winter nur ein mildeidiges Achselzucken für den sentimentalen Buxton übrig, der noch immer so rückständig ist, sich über die Erwürdigung der Freiheit eines Staates, der nicht der eigene ist, aufzuregen. Ueberlegen lächelnd meint Dr. Winter: „Buxton erscheint es ganz unbegreiflich, daß sich in irgendeinem Staate das Parlament seines Rechtes auf die Kontrolle seines Budgets begeben könnte.“ Der arme Waisenknecht! Da sind Dr. Winter und die Seinen ganz andere Kerle! Die sind abgehärteter und robuster und sie finden so etwas nicht nur ganz in der Ordnung, sondern sie übernehmen in solchen Fällen auch noch ex-offo die Verteidigung jener, die sich an der Verfertigung solcher Anleiheverträge beteiligt haben. Solange der Herr Außenminister Dr. Beneš seine allergeeuesten tschechischen Sozialdemokraten zur Seite hat, braucht er sich bei der Drosselung der Demokratie in anderen Staaten keinen Zwang aufzuerlegen. Dr. Winter entschuldigte Buxton mit dessen beschränktem Horizont, indem er jagte: „Buxton beurteilt die Sache vom englischen Standpunkt, darum empfindet er die Bedingungen, die Oesterreich auferlegt werden, so schwer.“ Ganz richtig: Buxton ist ein beschränkter Engländer, Dr. Winter dagegen sieht die Dinge vom erhabenen Standpunkte des Tschechoslowaken an, wodurch sich ausreichend seine großzügigere Auffassung erklärt. Dr. Winter verkümmerte schließlich, daß seine Partei nicht gewohnt sei, jede ihrer Taten durch Zitate „irgendeines der alten sozialistischen Autoren“ zu begründen. Wir finden dies ganz in der Ordnung, denn die „alten sozialistischen Autoren“ müßten sich angesichts dieser Taten bei solcher Verurteilung im Grabe umdrehen.

Kein amerikanischer Kredit ohne Reparationsregelung.

New York, 18. Dezember. (Funkspruch.) Die Morgan-Gesellschaft veröffentlicht folgende Erklärung: Der deutsche Vorkämpfer Wieselschlag erklärte am Samstag Morgen, um sich zu erkundigen, ob es uns möglich sei, zu versuchen, zur Flottmachung der sogenannten internationalen Anleihe für Deutschland beizutragen. In seiner Antwort wies Morgan auf die Sitzungen des Bankierausschusses im letzten Juni hin

und sagte im wesentlichen dem Botschafter, unsere Lage sei genau dieselbe wie damals. Wenn wir auch sehr wünschten, der allgemeinen Lage zu dienen, seien nichtsdestoweniger die Verhältnisse offenbar derartiger geworden, daß es für uns nicht möglich sei, eine Anleihe für Deutschland zu erörtern oder in Erwägung zu ziehen, bevor nicht die Reparationsfrage geregelt sei.

Ernüchterung in Berlin — Panne auf der Börse.

Berlin, 19. Dezember. (Eigenbericht.) Nachdem sich die bisherigen Nachrichten von einer Intervention Amerikas als übertrieben herausgestellt haben, ist hier eine Ernüchterung eingetreten, die besonders an der Börse sichtbar wurde. Der Dollar stieg von 6084 auf 7293, das englische Pfund von 28.428 auf 33.915, der Schweizer Franken von 1157 auf 1391 und die Tschechokrone von 172 auf 208. Ueber die Vorgänge in Amerika läßt sich folgendes sicher sagen: In weiten Kreisen herrscht eine Stimmung, die einem Eingreifen Amerikas in die europäische Politik

günstig gegenübersteht. Nun scheint man in der vorigen Woche aus Spekulationsgründen den Markkurs in die Höhe getrieben zu haben. Das führte zu überreifen Hoffnungen in Deutschland, und die Haltung der deutschen Presse bestimmte wieder in Amerika. Nach neu eingelangten Meldungen sollen sowohl Präsident Harding als auch Vertreter der Morgan-Gruppe erklärt haben, eine Anleihe sei nur nach vorheriger Lösung der Reparationsfrage möglich. Die Lage sei dieselbe wie im vergangenen Juni nach der Pariser Bankierskonferenz.

Amerikas Plan in der Reparationsfrage.

London, 19. Dezember. „Daily News“ teilt aus Berlin mit, daß die deutsche Regierung beschloßen habe, neue Reparationsvorschläge anzubereiten. „Daily Echo“ erzählt aus Washington, daß die Vereinigten Staaten inoffiziell Frankreich die Errichtung einer Kommission von internationalen Finanzmännern vorgeschlagen haben, welche Vermittler in der Reparationsfrage sein müssen. Der deutsche Gesandte erklärte Hughes, daß Deutschland bereitwillig Vorschläge dieser Kommission, wenn Amerika von deren Unparteilichkeit überzeugt sei, annehmen wird.

Die „arbeiterfreundliche“ deutsche Regierung.

Berlin, 19. Dezember (Eigenbericht.) Offiziell wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen der Regierung mit den Industriellen andauern. Sie dürften allerdings vor Weihnachten zu keinem Ergebnis führen. Ferner sei es falsch, daß die Regierung die Arbeiter nicht hören wolle, sie habe bereits mit Arbeitervertretern unterhandelt. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund, der über acht Millionen Mitglieder zählt, bisher weder zu den Verhandlungen zugezogen, noch eingeladen wurde.

einen umso wärmeren Freund, der ihm in der Zeit der ärgsten Not hilfreich beistünde, indem er dem Genfer Vertrag zugestimmt habe, der Oesterreich die Garantie der Mächte für ein Darlehen von fünfshundert Millionen Goldkronen sichert, die Oesterreichs Staatshaushalt binnen zwei Jahren in Ordnung bringen werden. Wenn man diese Art der Finanzpolitik nicht wieder als aus dem Reiche einer reichgeschwängerten Phantasie stammend ansehen will, so bleibt nichts übrig, als sie als die Art, wie sich der kleine Morik die Gesundheit eines Staatswesens vorstellt, zu erklären. Wenn es so wunderbar einfach ist, einen zerrütteten Staat auf die Beine zu hel-

Die Reichsangeestellten sind unzufrieden.

Berlin, 19. Dezember. (Eigenbericht.) Im Reichsfinanzministerium finden Verhandlungen mit den Arbeitern und Beamten des Reiches statt, die mit der Neuregelung ihrer Bezüge nicht einverstanden sind. Man befürchtet Unruhen im Westen des Reiches und Eisenbahnstörungen.

Die bezahlte Abjaktbewegung am Rhein.

Paris, 19. Dezember. (Savas.) „Le Matin“ teilt aus Bonn mit, daß 1500 Delegationen verschiedener Fraktionen der Republikanischen Partei im Rheinlande am Sonntag eine Versammlung veranstalten werden, auf welcher einstimmig gegen den Vertrag vom Jahre 1815 protestiert und der unumstößliche Wille zum Ausdruck gebracht wird, sich von dem preussischen Joch zu befreien. Sämtliche Redner, namentlich der Generalsekretär der Partei, Smeets, fordern auf das eindringlichste die Verbündeten auf, sich nicht den Forderungen des Rheinlandes auf Unabhängigkeit in den Weg zu stellen. Sie würden so die Falschheit der Anklagen gegen Frankreich und Belgien, daß diese Staaten die beschlagnahmten Provinzen annektieren wollen, nachweisen und so die Verschönerung der Deutschen ausbaden, welche befreit sind, die Bevölkerung des Rheinlandes gegen die Alliierten aufzutriebeln.

jen und in dem Zeitraum von zwei Jahren alle Kriegswirkungen in seinem Budget auszumergen, warum haben nicht einmal die Siegerstaaten das Fortschreiten ihrer Verschuldung, die Unsicherheit ihrer Währung bis heute zu hindern vermocht? Auf dem Papier lassen sich solche Experimente, wie es die Gesundung Oesterreichs innerhalb zweier Jahre ist, furchtbar leicht erdienen: man streicht soundsoviel an Steuern und macht im Budget soundsoviel Abstriche, bis das Gleichgewicht hergestellt. Dazu fährt man mit Hilfe des Kredites die Goldwährung ein und der ruinierteste Staat ist gesund. Das alles läßt sich, wie gesagt, auf dem Papier schön betrei-

den. Um es aber zu glauben, müßten die freundlichen Aerzte an ihren eigenen Staaten, die sich selber in keinem gerade bewundernswerten Zustande befinden, es erst vormachen.

Aber Dr. Winter muß eben dem Oesterreich zu gewährenden Kredit solche Wunderwirkungen zuschreiben, denn sonst könnte er nicht die von Dr. Beneš in Genf mitbeschlossenen Anleihebedingungen für Oesterreich rechtfertigen. Auch ein tschechischer Sozialdemokrat könnte es schließlich seinen Anhängern nicht einreden, daß der Eingriff in die Souveränitätsrechte Oesterreichs, die Ausschaltung dessen Parlamentes durch zwei Jahre und die Einsetzung eines ausländischen Finanzdiktators für die Dauer von mindestens zwanzig Jahren von jemand, der sich noch immer Sozialdemokrat nennt, gutgeheißen werden können. Aber dem Dr. Winter heiligt der Zweck das Mittel und als diesen Zweck gibt er die auch im Interesse der Tschechoslowakei gelegene Wiederherstellung Oesterreichs vor. Da er dieser Kata morgana nachsagt, sieht er nicht und will er nicht die Schändung der Freiheit und der Selbstständigkeitsrechte Oesterreichs durch die Genfer Protokolle sehen. Auf den Vorhalt, daß das hervorragende Mitglied der englischen Labour Party Buxton im englischen Parlament gegen den Genfer Vertrag gesprochen habe, den er als eine schwere Verletzung der Demokratie bezeichnete, hat Dr. Winter nur ein mildeidiges Achselzucken für den sentimentalen Buxton übrig, der noch immer so rückständig ist, sich über die Erwürdigung der Freiheit eines Staates, der nicht der eigene ist, aufzuregen. Ueberlegen lächelnd meint Dr. Winter: „Buxton erscheint es ganz unbegreiflich, daß sich in irgendeinem Staate das Parlament seines Rechtes auf die Kontrolle seines Budgets begeben könnte.“ Der arme Waisenknecht! Da sind Dr. Winter und die Seinen ganz andere Kerle! Die sind abgehärteter und robuster und sie finden so etwas nicht nur ganz in der Ordnung, sondern sie übernehmen in solchen Fällen auch noch ex-offo die Verteidigung jener, die sich an der Verfertigung solcher Anleiheverträge beteiligt haben. Solange der Herr Außenminister Dr. Beneš seine allergeeuesten tschechischen Sozialdemokraten zur Seite hat, braucht er sich bei der Drosselung der Demokratie in anderen Staaten keinen Zwang aufzuerlegen. Dr. Winter entschuldigte Buxton mit dessen beschränktem Horizont, indem er jagte: „Buxton beurteilt die Sache vom englischen Standpunkt, darum empfindet er die Bedingungen, die Oesterreich auferlegt werden, so schwer.“ Ganz richtig: Buxton ist ein beschränkter Engländer, Dr. Winter dagegen sieht die Dinge vom erhabenen Standpunkte des Tschechoslowaken an, wodurch sich ausreichend seine großzügigere Auffassung erklärt. Dr. Winter verkümmerte schließlich, daß seine Partei nicht gewohnt sei, jede ihrer Taten durch Zitate „irgendeines der alten sozialistischen Autoren“ zu begründen. Wir finden dies ganz in der Ordnung, denn die „alten sozialistischen Autoren“ müßten sich angesichts dieser Taten bei solcher Verurteilung im Grabe umdrehen.

Es entspricht nur ganz dem Grade des tschechoslowakisch zurechtgeschneiderten Sozialismus Dr. Winters und seiner Liebe zur Demokratie, wenn er die ablehnende Haltung der deutschen Sozialdemokraten zum Genfer Sklavenvertrag als rein „demonstrativ“ bezeichnet. Wenn er dies „bebauert“, so werden wir uns damit abzufinden wissen. Aber damit wird die „Wohltätigkeit“ des Genfer Uebereinkommens, das er so beherrzt verteidigt, nicht wohlriechender und reiner. Man weiß, daß der tschechoslowakische Staat bei der Kreditgewährung überdies ein ganz gutes Geschäft macht, denn während ihm die „Garantie“ nicht einen Heller kostet, erhält er dabei die seinerzeit an Oesterreich in schlechtem Gelde und mäßigen überhäufigen Produkten verlichenen fünfshundert Millionen Papierkronen in guten Goldkronen zurück. Im privaten Leben hat man für solche Geschäfte eine Bezeichnung, die nicht schwer zu erraten ist. Gott schütze das arme Oesterreich vor solchen „Wohltäten“ und die Demokratie vor solchen Anwaltern!

Die Kommunisten und die Genossenschaften.

Seitdem es eine kommunistische Bewegung gibt, hat sich die Arbeiterschaft daran gewöhnt, von Zeit zu Zeit mit sogenannten „Richtlinien“ beglückt zu werden, die gewöhnlich ihren Ausgangspunkt von Moskau nehmen und die eigentlich den Zweck haben sollen, sich im Gegensatz zur Sozialdemokratie zu stellen, die aber bei näherer Betrachtung meist nichts anderes darstellen als die Wiederholung allgemein bekannter sozialistischer Grundsätze. Nun hat der erweiterte Vollgremienausschuß der K. P. C. im Sinne der angenommenen Beschlüsse auf dem vierten Weltkongreß der kommunistischen Internationale über den Standpunkt der kommunistischen Partei zur Genossenschaftsbewegung wiederum Richtlinien herausgegeben. Die Arbeiterschaft war nicht sehr neugierig darauf, zu erfahren, wie sich die Kommunisten zur Genossenschaftsbewegung stellen, die Stellung der Klassenbewegung in der Sozialdemokratie organisierten Arbeiterschaft zu den Genossenschaften ist seit dem Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen geklärt. Trotzdem diese Tatsache fogar der in Berlin erscheinende „kommunistische Genossenschaftler“ gegeben muß und in seiner Novembernummer bei Vorbesprechung der kommunistischen Genossenschaftskonferenz in Moskau u. a. sagt, daß in der zweiten Internationale bereits die richtige Grundbestimmung zu den Genossenschaften vorhanden war, heißt es in der Dezembernummer desselben Blattes, also noch dem Genossenschaftskongreß, daß die zweite Internationale es bis heute noch nicht fertiggebracht hat, für die Genossenschaften eine andere Einstellung als platten Opportunismus zu finden. . . . Doch dieser große Widerspruch sei nur nebenbei festgestellt. Uns handelt es sich ja um die Richtlinien, die unsere K. P. C. auf Grund der Moskauer Beschlüsse herausgegeben hat, und die wir uns näher betrachten wollen. Dazu heißt es nun:

„Die K. P. teilt nicht die Ansicht der Sozialpatronen und genossenschaftlich Neutralen, daß die Genossenschaftsbewegung allein mit ihren eigenen Kräften imstande ist, die sozialistische Weltordnung auf dem Wege allmählichen Hineinwachsenden in den Sozialismus zu verwirklichen, sie ist vielmehr davon überzeugt, daß dies nur durch den revolutionären Kampf und durch die Machtergreifung erzielt werden kann.“

Da möchten wir uns denn doch die Frage an die Kommunisten erlauben, sie sollen uns klipp und klar sagen, wann wir, die „Sozialpatronen“, denn schon behauptet haben, daß die Genossenschaftsbewegung allein imstande sei, die sozialistische Weltordnung zu verwirklichen? Etwa auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen? Dort wurde beschlossen:

„In Erwägung, daß die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern unmittelbare materielle Vorteile bieten können, sondern daß sie berufen sind, die Arbeiterklasse durch Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern;

die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches vorzubereiten zu helfen,

erklärt der Kongreß, daß die Genossenschaftsbewegung, wenn sie allein auch niemals die Befreiung der Arbeiter herbeiführen kann, doch eine wirksame Waffe in dem Klassenkampf sein kann, den die Arbeiterschaft um die Erringung ihres unveräußerlichen Zieles, der Eroberung der politischen und ökonomischen Macht zum Zweck der Bergesellschaftung aller Mittel der Produktion und des Austausches, führt und daß die Arbeiterklasse das höchste Interesse daran hat, diese Waffe zu gebrauchen.“

Dieser Beschuß ist sehr eindeutig und sagt das gerade Gegenteil von dem, was die Kommunisten heute von den „Sozialpatronen“ behaupten. Aber schließlich muß ja der Auftrag Moskaus, der in den Richtlinien verschleiert zum Ausdruck kommt, irgendwoher begründet werden, der Auftrag nämlich, nach dem jedes kommunistische Genossenschaftsmitglied das Recht auf die Bildung kommunistischer Genossenschaftsfraktionen wahrnehmen muß, obgleich sie in einem Atemzuge beteuern, daß die Spaltung und Schwächung der einheitlichen Genossenschaftsbewegung und die Schaffung separater kommunistischer Vereine nicht das Ziel der Kommunisten sei.

Nun sollte man zumindest annehmen, daß diese zu bildenden Genossenschaftsfraktionen doch eine ganz bestimmte Aufgabe erwachsen müßte und wie entnehmen da den „Richtlinien“:

Die kommunistischen Genossenschaftler müssen sich überall an der rein genossenschaftlichen Tätigkeit beteiligen und überall Richtlinien durchsetzen, die den Zeitforderungen und den neuen Aufgaben der Arbeitergenossenschaften entsprechen. Es sind dies: 1. Vereinigung der kleinen Genossenschaften zu großen Verbänden, Abschaffung des Grundgesetzes der Reingewinnverteilung, da hierdurch die Genossenschaften geschwächt werden, Durchsetzung des Antrages, daß die Reingewinne zur wirtschaftlichen Stärkung der Genossenschaften zu verwenden sind. (Schaffung von Spezialfonds für Streikunterstützungen, für den Schutz der Genossenschaftsangehörigen u. a.)

Sind das nicht die gleichen Grundsätze, nach denen in den „sozialpatronischen“ Genossenschaften heute tatsächlich gearbeitet wird, bedarf es dazu kommunistischer Zellen? Und was geben die Kommunisten als das Ziel ihrer Genossenschaftspolitik an? Lassen wir auch da die Richtlinien selbst sprechen:

„Ihr Ziel ist . . . daß aus den Arbeitergenossenschaften die Einheitsfront gegen das Kapital und die kapitalistische Gesellschaftsordnung hervorgeht.“ Die Aufgabe dieser Front ist hauptsächlich die Führung des Kampfes gegen die Steuererhöhung (namentlich die Erhöhung der indirekten Steuern), welche die Konsumenten betrifft, gegen die besondere Besteuerung der Genossenschaften und ihres Umsatzes, gegen Zucker und Zenerung. Weiter der Kampf für die Übertragung der Distribution der notwendigen Bedarfsartikel und Lebensmittel an die Arbeitergenossenschaften, der Kampf gegen den Militarismus, die hauptsächlichste Ursache der Steuererhöhungen, gegen die wahnwitzige Sozialpolitik, den Verfall der Frieden, den Faschismus der jetzt überall das Haupt erhebt, und der Arbeiterschaft, also auch ihren Genossenschaften den großen Schaden zufügt, gegen die Gefahr eines neuen Offenkrieges, gegen die Interventionen und für die Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland.“

Jeder christliche Genossenschaftler wird sagen müssen, daß alle diese Forderungen aus der besondern „sozialpatronischen“ Genossenschaftspraxis entspringen, daß also die „Kommunisten“, wenn sie positive Arbeit leisten wollen, nichts anderes tun können, als die Sozialdemokraten. Was also wollen die Kommunisten in Wirklichkeit? Sie beteuern in ihren Richtlinien, es geht ihnen nicht um eine Beherrschung der Genossenschaften für ihre privaten oder parteipolitischen Ziele; denn halten wir den Bericht des „kommunistischen Genossenschaftler“ gegenüber, wonach zum Punkt „Genossenschaft und Kommunismus“ unter den Delegierten aller Länder auf der Moskauer Konferenz die Ein-

mütigkeit in der wesentlichsten Frage bestand, daß es nämlich im Namen des proletarischen Klassenkampfes eine „Genossenschaftsbewegung an sich“ nicht gibt. „Das ergibt für uns Kommunisten die Eingliederung der Genossenschaftsarbeit in die Parteiarbeit und die vollkommene Unterstellung der Genossenschaftsarbeit unter die Parteidisziplin.“ — so heißt es im „kommunistischen Genossenschaftler“. In den Richtlinien der K. P. C. findet sich merkwürdigerweise keine Beziehung auf diesen Beschuß u. h. des kommunistischen Genossenschaftskongresses, was unsere Kommunisten wohl nur aus demagogischen Gründen unterlassen haben, da doch die Moskauer Beschlüsse für alle der K. P. C. angeschlossenen Parteien, also auch für die K. P. C., bindend sind. Aber selbst wenn sich unsere Kommunisten wirklich nur auf die Befolgung ihrer „Richtlinien“ beschränken, vermögen diese trotz aller Verlautbarungen und Widersprüche, die sie enthalten, doch nur sehr schlecht die wahren Absichten der Kommunisten zu verschleiern. Denn die in den Richtlinien festgelegten Genossenschaftsfraktionen bedeuten im Grunde genommen doch nichts anderes, als die berühmte kommunistische Zellenpolitik, deren schlechtester Zweck trotz aller gegenteiligen Beteuerungen der Kommunisten doch die Spaltung und damit die Schwächung der einheitlichen Genossenschaftsfront ist. Unsere Konsumvereine müssen sich deshalb gegenüber den bürgerlichen Phrasen der kommunistischen Genossenschaftler mit dem nötigen Mißtrauen wappnen, und allen Fraktionsbildungen und Spaltungsversuchen der Kommunisten den schärfsten Widerstand entgegensetzen.

Gesetzesfabrikation.

17 Gesetze werden in einer Sitzung des Abgeordnetenhauses „beraten“ und beschlossen.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses befanden sich sämtliche noch unerledigte sogenannte terminierten Gesetzesanträge der Regierung. Es werden also in einer Sitzung, die wieder bis in die Morgenstunden dauern dürfte, 17 Gesetze „erledigt“ werden. Die Petzen von der Koalition ahnen gar nicht, wie sehr sie durch solche Arbeitsmethoden den tschechoslowakischen Parlamentarismus herabwürdigen und lächerlich machen. Die im Laufe des Tages aufgetauchte Krise ist beigelegt worden, der Widerstand der tschechischen sozialistischen Parteien, besonders der tschechischen Sozialdemokraten, ist von den bürgerlichen Koalitionspartnern gebrochen worden. Die tschechischen Sozialdemokraten haben die Verlängerung des Termines für die Gültigkeit des Kranken-Pensionsversicherungsgesetzes bis zum 31. Dezember nächsten Jahres verlangt, während das Gesetz als Termin bekanntlich den 30. Juli vorliegt. Gestern vormittags hat der sozialpolitische Ausschuß mit den Stimmen der tschechischen sozialistischen Parteien sowie der deutschen Sozialdemokraten und der Kommunisten beschlossen, daß die Vorlage bis zum 31. Dezember 1923 in Kraft bleiben soll. Nach Schluß der Ausschusssitzung trat nun die „Deftika“ zusammen, welche die tschechischen Sozialdemokraten, die sich auch ohne weiteres fügten, dazu betrog, von ihrem Antrage zurückzutreten. Es hat sich wieder gezeigt, daß die tschechischen Sozialdemokraten in der Koalition eine klägliche Rolle spielen.

Präsident Tomášek eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 10 Minuten.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet der Bericht des verfassungsrechtlichen Ausschusses über den Gesetzesantrag, durch den die Regierung zur weiteren

Zusammenlegung und Trennung der Gemeinden,

sowie zur Aenderung der Gemeindegrenzen, der Bezirke, Gau- und Ländergrenzen ermächtigt wird.

Nach dem Berichterstatter Abg. Ulrich spricht als erster Redner

Abg. Spina (Bund der Landw.). Er bringt u. a. die Erfahrungen, die die Schönhengster Sprachinsel mit dem Zusammenlegungsgezet gemacht hat, vor, und richtet an die Regierung die Aufforderung, keine Zusammenlegung gegen den Willen der Bevölkerung weiterhin durchzuführen.

Während der folgenden Rede des Abg. Bobol (slow. Volkspartei) kommt es zwischen einigen Parteigenossen des Redners und den tschechischen Agrariern zu einem heftigen Wortgefecht. Abg. Juriga ruft: Wenn Sie nicht Wahlen ausgeschrieben, werden wir keine Steuern zahlen!

Abg. Dr. Rabda (deutschnat.) nennt das in Verhandlung stehende Gesetz eine ausgesprochene Niedertracht, wofür er vom Präsidenten Tomášek zur Ordnung gerufen wird.

Nach dem Abg. Spaček (tsch. Nat.-Dem.) spricht

Abg. Dr. Rosta (deutschdem. Fr.-Partei) beschwert sich darüber, daß die Gemeinden fortwährend Einschränkungen ihrer berechtigten Wirkungssphären ausgesetzt sind.

Abg. Hly (tsch. Soz.-Dem.) ist mit dem Gesetz selbstverständlich einverstanden.

Abg. Genoffe Sackenberg

reagiert auf die Ausführungen des Abg. Bil und sagt: Auch wie vertreten die Ansicht, daß die Vereinigung verschiedener Gemeinden aus wirtschaftlichen Gründen notwendig

sein kann, nicht gehindert werden soll und daß Voraussetzungen geschaffen werden können, daß unter Umständen eine solche Verschmelzung auch ohne Zustimmung sämtlicher Gemeinden erfolgen könne. Keinesfalls aber, indem man die Regierung oder irgendwelchen Bürokrateen ermächtigt, selbstherrlich vorzugehen, sondern nur dann, wenn eine solche Maßbesugnis einer gesetzgebenden Körperschaft eingeräumt würde. Wir wür-

den in einem solchen Falle die Vorlage nicht bekämpfen, sondern nur sagen, daß die Interessen der Gesamtheit der Bevölkerung der Gemeinden über die Interessen des Einzelnen gehen. In der Vorlage handelt es sich aber nicht darum, die wirtschaftlichen Interessen der Gemeinden oder deren Bewohner zu wahren und eine Zusammenlegung der Gemeinden aus wirtschaftlichen Gründen zu ermöglichen oder herbeizuführen, sondern wahrscheinlich darum,

eine Vereinigung aus nationalen oder besser gesagt nationalistischen Motiven

herbeizuführen. Diese Vereinigung soll ermöglicht werden auf Grund einer gewöhnlichen Anregung, wogegen wir ganz entschieden Stellung nehmen müssen. Deshalb haben wir den Antrag eingebracht, daß die Wort „podnět“ gestrichen werde.

Sie wissen ferner, daß vor kurzem ein Gesetz beschlossen wurde, durch welches die Gemeindegrenzen hinausgeschoben werden sollen. Wenn wir uns nun den § 3 dieses Gesetzes ansehen, so finden wir darin die Bestimmung, daß Kommissionen nicht nur die Vereinigung und Trennung von Gemeinden durchzuführen, sondern, daß diese Kommissionen auch die Verwaltung dieser Gemeinden besorgen sollen und daß Wahlen in einem Zeitraum vom 6 beziehungsweise je nach der Größe der Gemeinde, 12 Monaten ausgeschrieben werden sollen. Wir sind nun der Ansicht, daß eine solche Bestimmung unmöglich im Gesetz bestehen bleiben kann, wir sind weiter der Ansicht, daß dort, wo durch eine Verschmelzung, beziehungsweise Trennung neue Gemeinwesen geschaffen werden sollen, es unbedingt notwendig ist, die

Wahlen sofort durchzuführen.

Wir beantragen daher auch, daß hier die Bestimmung, daß die Wahlen erst 6 beziehungsweise 12 Monate nach der Trennung oder nach der Verschmelzung der Gemeinden ausgeschrieben sind, zu streichen und daß anstelle dessen die Bestimmung aufzunehmen ist, daß die Wahlen binnen 2 Monaten nach der Trennung oder Verschmelzung der Gemeinden durchzuführen wären. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, dann stellen wir den Eventualantrag, daß diese Wahlen binnen einem Monat ausgeschrieben sind. Haben Sie den ersten Willen, wirklich nur das an dem Gesetze zu ändern, was eine Zusammenlegung der Gemeinden aus wirtschaftlichen Gründen hindert, dann haben Sie auch die Pflicht, für die von uns gestellten Anträge zu stimmen.

Wollen Sie aber zeigen, daß es nicht wirtschaftliche, sondern, wie ich sagte, nationalistische

Motive sind, die Sie dazu bewegen haben, die Verlängerung dieses Gesetzes herbeizuführen, und damit auch seine Verschlechterung — dann werden Sie unsere Anträge ablehnen und für die Vorlage im der bisherigen Fassung stimmen. (Beifall.)

Abg. Prokeš (tsch. Soz.-Dem.) verteidigt das Gesetz und wirft den deutschen Rednern vor, daß ihre Kritik von bourgeois-nationalistischen Motiven geleitet ist.

Nachdem noch die Abg. Krefel (Komm.) und Euscha (d. Christl.-Soz.) gesprochen hatten, halten die Berichterstatter ihr Schlußwort.

Das Gesetz wird in erster Lesung angenommen. Sämtliche Änderungsanträge werden abgelehnt, auch die von den deutschen Sozialdemokraten eingebrachten.

Sodann wird der Beschluß des Senates über den Regierungsantrag betreffend die

Anteilige Unterzählung für Sparsparbanken in der Slowakei und Karpathenrußland

verhandelt. Das Gesetz wird in unveränderter Form nach kurzer Debatte, an der sich nur tschechische Redner beteiligen, angenommen.

Nachher referiert Abg. Cerny über den Senatsbeschluß betreffend die

Regelung der Verjährung des Rechtes der Bemessung und Einhebung der Steuern für die Jahre 1921 und 1922.

Das Gesetz wird debattelos angenommen. Ebenso das Gesetz betreffend den

Erlass für Militärvorspann

im Jahre 1923.

Hierauf wird das Gesetz über die militärischen Einquartierungen

Verhandlung gezogen. Dizu spricht Abgeordneter Genoffe Uhl.

Er führt u. a. aus: „Die Einquartierung bedeutet für die davon betroffenen Gemeinden eine schwere Last. Das jetzt noch geltende Einquartierungsgesetz basiert auf einem 50 Jahre alten Gesetz. Dies allein begründet eigentlich schon eine Reform. Die gesetzlichen Bestimmungen entsprechen in keiner Weise mehr den heutigen Verhältnissen. Was bisher geschah, ist keine Reform, wir können uns damit nicht zufrieden geben.“

Eine einfache Erhöhung der Militärbequartierungsgebühren um 40 Prozent ist keine Lösung, diese Erhöhung genügt nicht und entschädigt die Gemeinden für ihre Ausgaben in keiner Weise.

Trotz dieser Erhöhung sind die Gebühren viel zu niedrig. Die bis jetzt geltenden Bestimmungen bedürfen dringend einer Aenderung, sie brauchen unbedingt eine Anpassung an die heutigen Verhältnisse. Es müssen den Gemeinden Rechtsmittel eingeräumt werden, damit sie sich gegen die Bestimmungen und Verfügungen der Militärverwaltung wirksam wehren können. Bis heute ist das nicht der Fall, die Gemeinden müssen die Maßnahmen der militärischen Kommanden einfach zur Kenntnis nehmen, sie haben nicht die Möglichkeit, sich dagegen zu wehren. Es ist berechtigt und notwendig, wenn die einzelnen militärischen Kommanden für die Mannschaften und Offiziere nur gute Unterkünfte verlangen. Andererseits aber werden die Gemeinden dadurch finanziell außerordentlich schwer belastet. Die Gemeinden sind gezwungen, große Eile zur Unterbringung der Mannschaft zu machen. Sie haben ihre Turnhallen zur Verfügung zu stellen, teure Hotelzimmer für die Offiziere.

Bis jetzt werden für einen Offizier einige hundert Heller vom Staate gezahlt, die Gemeinden müssen jedoch für die Zimmer 10 bis 20 Kronen Miete bezahlen.

Durch die Einquartierung steigt auch in den verschiedenen betroffenen Orten der Mietzins, die Wohnungsnot verschärft sich. Die Instandhaltung der Objekte, die von den einzelnen Gemeinden zur Unterbringung des Militärs zur Verfügung gestellt werden müssen, erfordern beträchtliche Mittel. Die Vergütung, die bis jetzt dafür die Gemeinden bekommen, ist gleich Null und entspricht in keiner Weise. Von den Einquartierungsgebühren können nicht einmal die Einquartierungskosten bestritten werden. Für die Verzinsung und Amortisation des Schuldenkapitals, das auf den einzelnen Objekten lastet, wird kein Heller beigetragen. Es wäre vernünftig und gerecht, wenn die Militärverwaltung die Instandhaltungskosten dieser Objekte voll vergüten würde. (Beifall.)

Das Gesetz wird in unveränderter Form angenommen. Der Änderungsantrag des Abg. Genoffen Uhl auf Erhöhung der Bequartierungsgebühren wird abgelehnt.

Ferner wird das Gesetz über die

Änderung einiger Vormundschaftsbestimmungen

beraten und nach den Referaten der Berichterstatter debattelos angenommen. Zu dem Gesetz, durch das der

Reparationskredit

benötigt wird, spricht

Abgeordneter Genosse Joffl.

Er befaßt sich in ausführlicher Weise mit der Vorlage und sagt u. a.: Ein besonderes Kapitel der Beschwerde ist, wie Heimkehrer behandelt werden.

Vor allem möchte ich feststellen, daß jene Heimkehrer, die sich nicht einem Transporte angeschlossen haben, sondern auf eigene Kosten und Gefahr die Reise in die Heimat angetreten haben, von der Regierung für ihren ungeheuren Aufwand, den sie aus eigenen Mitteln bestreiten mußten, nicht die geringste Vergütung bekommen.

Eine ganz ungerechtfertigte Behandlung erfahren die Heimkehrer in mancher Beziehung dadurch, daß sie, wenn sie sich bei den Arbeitslosenämtern als Arbeitslose anmelden, ganz einfach abgewiesen werden, indem man ihnen erklärt, daß sie

Arbeitslosenunterstützung für Heimkehrer nicht vorgesehen

Es kommen Fälle vor, wo Büroangestellte oder Einwohner eines agrarischen Dorfes zurückkommen und sich als Arbeitslose anmelden. Sie werden aber von der Arbeitslosenunterstützung glatt ausgeschlossen. Dies ist eine ganz ungerechtfertigte Behandlung, denn es ist ja bekannt, daß es vielfach vorkommt, daß man Frauen die Witwenrente eingestellt hat, mit der Begründung, daß ihr Mann ja nicht mehr in der Gefangenschaft zurückgehalten wird, sondern freiwillig dort geblieben ist. Das mag ja vielleicht in einzelnen Fällen zutreffen, ändert aber nichts an der Tatsache, daß den Frauen nach wie vor die Witwenrente gebührt, denn schließlich bekommt sie die Rente nicht, weil sie Witwe ist, sondern weil sie ein Opfer des Krieges ist.

Quarantänestation in Paradiß

aufzuheben. Die Quarantänestation ist in Paradiß untergebracht, in Paradiß, die absolut nicht entsprechen, da sie im Winter ungemein kalt und nicht heizbar sind. Im Sommer hingegen sind sie wiederum sehr heiß; auch sonst sprechen die Paraden allen jänitären Anforderungen Hohn. Es wäre ja ganz leicht möglich, daß man diese jetzt nur sporadisch zurückkehrenden Kriegsgefangenen in den Isolierpavillons der einzelnen größeren Zptiläer die Quarantäne durchmachen läßt. (Beifall.)

Das Gesetz wird unverändert angenommen. Das Abgeordnetenhaus genehmigte sodann das

Pariser Luftschiffahrtsabkommen

und ging in die Verhandlungen über die Vorlage betreffend die

Versehrbarkeit der Staatsbeamten

über. Nach dem Referat des Berichterstatters Hög. Dubletz unterbricht der Präsident am 18 Uhr 45 Minuten die Sitzung; nach Wiedereröffnung um 19 Uhr 30 Minuten spricht

Abg. Dr. Reibl (d. Nat.). Er erwidert in dem Gesetz ein gefährliches Rüstzeug der Regierung.

Abg. Haken (Kommunist) betrachtet das Gesetz als einen Angriff auf die Freiheit der Staatsangestellten.

Abg. Pappel (d. Nat. Soz.) vertritt in dem Gesetz den Schutz des Staatsbeamten vor willkürlicher Behandlung.

Abgeordneter Genosse Grünzner

sagt u. a.:

Es ist sonderbar, daß in der letzten Zeit, wenn Staatsangelegenheiten hier zu behandeln sind, sich keiner von den Fachleuten findet — ich glaube die tschechischen sozialistischen Parteien sind nicht arm an Fachleuten in ihren Fraktionen — die in den sozialistischen Fraktionen sitzen, sondern

Die Agrarier einbringen,

die, wie man wohl annehmen kann, vor Staatsbeamtenangelegenheiten wenig verstehen. Ich will ihnen durchaus ihre sonstigen Fähigkeiten nicht absprechen. Aber es gibt Fachmänner, die sich jahrzehntelang mit Staatsangestelltenangelegenheiten beschäftigt haben und auch heute noch diese Materie nicht zur Gänge beherrschen, viel weniger die Agrarier, die sich um bevorrätige Angelegenheiten nie gekümmert haben.

Wie schaut es denn mit den Dienstpragmatiken aus?

Für die Staatsbeamten besteht seit dem 25. Januar 1914 die Dienstpragmatik und da sagt der Paragraph 67, daß innerhalb des Ressorts Versetzungen durchgeführt werden können. Im Paragraph 73 ist die Beurteilung auf Vortragsgebühr bestimmt und der Paragraph 22 der Dienstpragmatik für Staatsbeamten sieht sogar als Notvor-

Eine Antwort an die Kommunisten.

An den Klub der Abgeordneten der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei, Prag, Rudolfsinum.

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 7. Dezember l. J. verweisen wir auf die mündliche Rücksprache mit dem Abgeordneten Haken, in der der Vertreter unseres Klubs mitgeteilt hat, daß infolge Krankheit und Abwesenheit von zwei Mitgliedern des Klubpräsidiums die rechtzeitige Beantwortung Ihres Schreibens nicht erfolgen konnte.

Der Klub der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat sich in seiner Sitzung am 18. Dezember mit Ihrem Schreiben beschäftigt und uns damit, Ihnen Folgendes mitzuteilen:

Unsere Partei hat schon im Juli, als die ersten Zeichen der drohenden Wirtschaftskrise bemerkbar waren, ihre Forderungen an die Gesetzgebung und an die Regierung formuliert und die sofortige Einberufung der Nationalversammlung verlangt, damit diese zeitgerecht, ehe die furchtbare Wirtschaftskatastrophe in ihrem riesigen Umfang Hunderttausende Arbeiterfamilien mit bitterster Not und traurigstem Elend trifft, Vorkehrungen für die Arbeitslosen durch ausreichende Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten und durch allgemeine staatliche Unterstützung der Arbeitslosen trifft. Die Beschlüsse unserer Partei sind wohl der gesamten Öffentlichkeit hinreichend bekannt und es würde nur an der Berichterstattung der kommunistischen Blätter liegen, wenn nicht die Mitglieder der kommunistischen Partei nicht erfahren hätten, was die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Not der Arbeitslosen unternommen hat.

Es ist richtig, daß in der gesamten Arbeiterschaft eine große Unzufriedenheit darüber herrscht, daß sich die Nationalversammlung nicht genug der Arbeitslosen annimmt; und der Wirtschaftskrise nicht so entgegentritt, wie dies die Interessen der Arbeiterschaft fordern würden. Die im Deutschen Gewerkschaftsbunde organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen und die deutschen sozialdemokratischen Proletarier wissen durch unsere monatelange intensive Aufklärungsstätigkeit, die wir in der Presse, in großen Versammlungen und zahllosen Betriebsbesprechungen geleistet haben, daß dieses Versagen der Nationalversammlung in Wirklichkeit nur die Weigerung der Mehrheit des Abgeordnetenhauses, der auch die tschechoslowakische Sozialdemokratie und die tschechischen Nationalsozialisten angehören, ist, gegen die Folgen der Wirtschaftskrise durch gesetzgebende Maßnahmen energisch anzukämpfen, die schreckliche Not der Arbeitslosen beseitigen zu helfen.

Dieser Unzufriedenheit der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft richtet sich infolgedessen selbstverständlich nicht gegen unsere Partei, sondern in klarer Erkenntnis der politischen Tatsachen nur gegen die Mehrheit des Parlamentes.

Solange zwei große sozialistische Parteien des tschechoslowakischen Volkes an die Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien gekettet sind, können wir und Ihrer Auffassung nicht anschließen, daß „mit Wichtigkeit all das durchzuführen wäre, was minimal mit vollem Recht der Arbeiterschaft und der gesamten von der Krisis betroffenen arbeitenden Bevölkerung gebührt.“ Erst eine völlige Umkehr der tschechischen sozialistischen Parteien, ihr Austritt aus der Regierungsmehrheit und ihr fester Zusammenschluß mit den in der Opposition stehenden sozialistischen Parteien wäre die Vorbedingung

für die vorübergehende Bekämpfung, die Verletzung in ein anderes Ressort, also außerhalb des Verwaltungszweiges, vor. Für die Klängeoffizianten sind die Versetzungen mittels Verordnung gewagt, für die Eisenbahner durch eine Dienstpragmatik, die im Paragraph 29 die Versetzungen regelt, und für die Lehrer die Dienstpragmatik vom 18. Juli 1917. Dort wird auch die Versetzung innerhalb des betreffenden Dienstzweiges geregelt.

Die Regierung beabsichtigt nun, mit den im Verhandlung stehenden Gesetzen diesen Grundtat der Dienstordnungen zu durchbrechen und an dessen Stelle das Prinzip der zwischenressortlichen Versetzbarkeit der Staatsbediensteten einzuführen. Wohl wird in der Vorlage nur von einer Uebergangszeit bis Ende 1924 gesprochen. In der ursprünglichen Vorlage, die vor einem Jahre in das Haus gebracht worden war, war Ende 1923 festgesetzt. Der Termin müßte also um ein Jahr weiter hinausgeschoben werden, was auch wieder zurückzuführen ist auf den Mangel eines Referenten, der sich für diese Vorlage nicht finden wollte.

Es ist ein Vertragsbruch, der durch dieses Gesetz begangen wird,

woll die Dienstordnungen doch einen Vertrag der Angestellten mit dem Staate darstellen; durch dieses Gesetz wird dieser Vertrag einseitig durchbrochen. Wenn die Regierung hergegangen wäre und mit den Organisationen der Staatsangestellten darüber verhandelt hätte, ob sie mit einer Versetzung aus ihrem bisherigen Verwaltungszweige in einen andern und wenn die Vertreter der Angestelltenorganisationen zugestimmt hätten, wäre dagegen sicherlich nichts einzuwenden gewesen. Es

gung für eine energische Aktion aller sozialistischen Parteien in der Nationalversammlung.

Dies wird aber unseren Klub keinen Augenblick davon hindern, den Kampf gegen die Wirtschaftskrise und alle ihre Begleiterscheinungen mit derselben Entschiedenheit fortzuführen wie bisher und glauben wir damit rechnen zu dürfen, daß der Klub der kommunistischen Abgeordneten, der, wie aus dem Schreiben vom 7. Dezember hervorgeht, zu erkennen ist, von seiner bisherigen Auffassung über das Parlament abgekommen zu sein scheint, sofort unsere parlamentarischen Schritte mit aller Entschiedenheit unterstützen und für die von uns zur Abwehr und Milderung der Wirtschaftskrise eingebrachten Anträge sich einsetzen und stimmen werde.

Freilich wäre zur wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen, wie sie die proletarische Opposition, in der die kommunistische Partei neben uns steht, führt, auch notwendig, daß bei wichtigen Abstimmungen im Parlament die brutalen Abstimmungsverfahren der Majorität von den Kommunisten ebenso bekämpft werden, wie von uns. Wir verweisen zum Beispiel darauf, daß, als gelegentlich der Budgetberatung unser Antrag, den Betrag für die Arbeitslosenunterstützung von 75 Millionen auf 150 Millionen zu erhöhen, abgelehnt wurde und unser Klub für einen Protest erhob und das Abgeordnetenhaus verließ, die Mitglieder des kommunistischen Klubs ruhig an ihren Plätzen blieben und den brutalen Anschlag der Mehrheit auf die Interessen der Arbeitslosen ruhig und widerspruchslos hinnahm.

Wir sind uns durchaus bewußt, daß die schwere Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat, daß der Arbeiterschaft noch eine Zeit dummer Sorge und größter Arbeitslosigkeit bevorsteht; wir wissen, daß die Entfaltung aller Kräfte des Proletariats notwendig sein wird, um Hunger und Elend zu lindern; wir wissen, daß uns auf diesem Gebiete noch schwere, aufreibende Kämpfe erwarten, wir sind uns klar darüber, daß sie im Interesse des Proletariats geführt werden müssen. Und dann versteht es sich von selbst, daß die kommunistische Partei — so wie es bisher oft genug geschah — auch in Zukunft in parlamentarischen Kämpfen in der gleichen Kampflinie anzutreffen sein wird.

Wir sind bereit, so wie bisher, von Fall zu Fall mit der parlamentarischen Vertretung der kommunistischen Partei Ausreden zu pflegen.

Allerdings können wir Ihnen in diesem Zusammenhang nicht verhehlen, daß uns dieses wenn auch nur zeitweilige Zusammenwirken sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werden würde, wenn, wie es gerade in letzter Zeit in der deutschkommunistischen Presse geschehen ist,

unsere Partikularisten und die parlamentarische Arbeit unserer Genossen zum Gegenstand schwerster Verdächtigungen, Verleumdungen und Beschimpfungen gemacht wird, denn ein solches Verhalten muß bei jedem objektiv und klar denkenden Arbeiter den Eindruck erwecken, daß hier der schwere wirtschaftliche Notstand der Arbeiterschaft für parteipolitische Zwecke mißbraucht wird, um neuen Streit unter die Arbeiterschaft zu tragen, deren einheitliche Kampflinie in der tschechoslowakischen Republik nicht nur durch die nationalen Gegensätze, von denen auch das Proletariat nicht verschont ist, entzweit, sondern auch durch die kommunistischen Agitationsmethoden geschwächt worden ist.

Der Klub der Abgeordneten der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

ist sehr fraglich, ob mit diesem Gesetze die Dienstordnungen außer Kraft gesetzt werden können, und es wird vielleicht die Zukunft zeigen, daß in einzelnen Fällen Konflikte entstehen werden, wo Beamte ihr Recht auf dem Rechtsweg suchen werden.

Im Motivenbericht beruft sich die Regierung auch auf andere Staaten, so unter anderem auf Oesterreich, Frankreich und Deutschland, und was ähnliche Vorkehrungen zum Ausgleich und zur Verminderung des Staatsangestelltenheeres durchgeführt worden seien. So verweist die Regierung beispielsweise auch auf die Verfügungen der österreichischen Bundesbahnen, nach welchen die Versetzbarkeit mittels Sanktion durchgeführt werden kann. Die Regierung sagt noch im Motivenberichte, daß sie in Oesterreich so gehandhabt wird, daß wenn innerhalb 6 Wochen der Versetzte nicht an den neuen Dienstort abgeht, sich also sozusagen gegen die Versetzung auslehnt, seine Versetzung in den dauernden Ruhestand erfolgt und zwar nach einem Disziplinarverfahren, in welchem sich der Betroffene zu verantworten hat. Wenn wir ein Staat wären, wie Oesterreich, Deutschland und auch Frankreich, ein nationaleinheitlicher Staat, wo die Befürchtungen nicht bestünden, daß derartige Gesetze zur Verfolgung von Staatsangestellten, die Angehörige der Minderheitsnationen sind, verwendet werden, wäre gegen das Gesetz nichts einzuwenden. (Beifall.)

Abgeordneter Rubsch (slow. Volksp.) erklärt, daß das vorliegende Gesetz nicht zur Perfektion der Slowaken verwendet werden dürfe.

Abgeordneter Brodecky (Gewerkschaftspartei) ergreift das Wort unter großer Unruhe, da slow-

akische Volkspartei in heftigen Konflikt mit einigen tschechischen Sozialdemokraten geraten sind. Redner muß einigemal mit dem Beginn der Rede abwarten. Nach wiederholten Ermahnungen ruft der Präsident Tomasek den Abgeordneten Juriga zur Ordnung. Brodecky spricht gegen die Vorlage.

Nach dem Schlusswort des Berichterstatters wird abgestimmt. Unter lebhaftem Protest der Opposition werden die Abänderungsanträge des Abgeordneten Genossen Grünzner auf Uebergang zur Tagesordnung und die des Abgeordneten Blazek abgelehnt. Die Vorlage wird in der Sitzung des Ausschusses in erster Lesung angenommen.

Die Sitzung dauert bei Schluss der Redaktion weiter an.

Der österreichische Kredit.

Wie wir bereits gestern berichtet haben, hat Gen. Dr. Czern in Abgeordnetenhaus zur Regierungsvorlage über den österreichischen Kredit einen Abänderungsantrag gestellt, dessen Wortlaut wir nun bringen:

Die Regierung wird aufgefordert, im Einvernehmen mit der großbritannischen, französischen und italienischen Regierung sowie mit jenen Regierungen, die der Genfer Konvention später beigetreten sind, die Kreditverhandlungen mit der Regierung der Republik Oesterreich ungefäumt wieder aufzunehmen und an die Stelle des in Genf am 24. Oktober 1922 abgeschlossenen Garantieübereinkommens neue Vereinbarungen auf folgender Grundlage zu treffen:

1. Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik wird bei der großbritannischen, französischen und italienischen Regierung dahin vorstellig, daß sie unter Aufrechterhaltung der im Genfer Übereinkommen für eine österreichische Anleihe per 650 Millionen Goldmark übernommenen Gesamtverbindlichkeiten sowie der von der Republik Oesterreich nach dem Genfer Übereinkommen zu bestellenden Pfänder:

- a) auf die Abgabe der im Protokoll I zwischen den Garantiemächten und der Republik Oesterreich zu wechselnden politischen Erklärungen,
b) auf die Ausübung der im Protokoll II vorgesehenen Kontrolle durch Einsenden eines Generalkontrollmittels und eines Kontrollkomitees,
c) auf die Bestimmung der im Protokoll III vorgesehenen Bindung und Beschränkung der Budget- und Steuerautonomie des österreichischen Parlamentes verzichten.

2. Für den Fall, als die großbritannische, französische und italienische Regierung den Vorschlägen der tschechoslowakischen Regierung nicht beitreten sollten, wird die Regierung zum Eintritte in direkte Verhandlungen mit der Republik Oesterreich über ein Garantieübereinkommen ermächtigt, inhaltlich dessen die Tschechoslowakische Republik die von der österreichischen Regierung zu begebenden Anleihen bis zur Höhe von 150 Millionen Goldmark garantiert, wobei die im ersten Absatz a) bis c) festgesetzten Grundzüge zu beachten sein werden.

3. Soweit der Tschechoslowakischen Republik im Genfer Übereinkommen der Anspruch auf die Rückzahlung früherer Kredite aus den neu aufgenommenen Anleihen eingeräumt ist, ist dieser Anspruch auch in das neu abzuschließende Garantieübereinkommen aufzunehmen.

Inland.

Referenten gesucht! Im Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses ergreift gestern Abg. Genosse Taub das Wort, um den Mehrheitsparteien den Spiegel ihrer Arbeitsmethoden vor Augen zu halten. Er sagt u. a.: „Mit den gegenwärtig zur Verhandlung stehenden Vorlagen haben Sie (zur Mehrheit gehörend) entschieden Besch. Niemand von Ihnen will die Referate übernehmen; so hat die Abg. Purkyně das Referat im Gesundheitsausschuss über die jetzt zur Verhandlung stehende Vorlage zurückgelegt und die Abg. Rozypal hat für das Plenum des Hauses das Referat zurückgelegt, nachdem sie anstelle der Abg. Purkyně bereits im Ausschuss referiert hat. Der Gesundheitsausschuss hat also für das Plenum keinen Referenten. Im Budgetausschuss ist es ähnlich. Abg. Kasil hat, lieber auf die Mitgliedschaft im Ausschuss verzichtet, als das Referat im Plenum zu übernehmen. Da ist Abg. Remesch für ihn eingespungen; ob er das Referat für das Plenum behalten wird, ist noch eine Frage.“

Goldene Namen. In der unter diesem Titel in unserer gestrigen Nummer veröffentlichten Notiz teilt der Klub der Abgeordneten der deutschen christlichsozialen Volkspartei mit, daß Abg. Josef Böhr bei der Abstimmung der Staatsbeamtenvorlage anwesend war und die Abg. Bolck und Charvát wegen Krankheit fehlten, was wir hiemit feststellen.

Teilnahme von Geheimbühlern in Altona.

Berlin, 19. Dezember. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus Hamburg: Die politische Polizei von Altona hat festgestellt, daß nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutze der Republik die geheimen politischen Zusammenkünfte nicht mehr in Gasthäusern, sondern in Geschäftskontoren abgehalten werden. In der letzten Nacht wurden in einer Fabrik 25 den besseren Ständen angehörige Personen verhaftet, die der Geheimorganisation „Schwarz-weiß-rot“ angehören.

Kleine Chronik.

200 000 Golddollar geraubt.

Denver, 18. Dezember. (Colorado.) (Havas.) Drei Männer bemächtigte sich 200.000 Golddollars in dem Augenblicke, als diese Summe in eine Bank gebracht wurde.

Eine Riesenluftstation in Schweden. Die der „Bauwelt“ (Berlin) aus Gothenburg gemeldet wird, plant die schwedische Regierung die Anlage einer Riesenluftstation. Eine Fläche von 1100 qm bei Örmekten ist für Errichtung der Station bestimmt. Die Empfangsstation soll in der Nähe von Rungebada an der Westküste erbaut werden. Man rechnet mit der Fertigstellung der Gesamtanlagen innerhalb Jahresfrist.

Brand eines französischen Spitalsschiffes. Das französische Spitalsschiff „Vinhlong“ ist südlich von San Stefano durch einen Brand zerstört worden. Ein amerikanisches Torpedoboot hat die überlebende Mannschaft aufgenommen. Vierzehn Mann der Besatzung wurden vermisst. Der „Vinhlong“ war ein altes Transportschiff aus dem Jahre 1881 ohne jeden militärischen Wert. Bei dem Brand des Schiffes sind auch drei Frauen und drei Kinder verbrannt. Amerikanische und englische Schiffe haben zahlreiche Schiffbrüchlinge aufgenommen.

Großfeuer. Lübeck, 17. Dezember. (Wolff.) Durch ein vermutlich infolge Brandstiftung entstandenes Großfeuer auf der Bootwerft Bochs in Orensände wurden die Boote und Werkstätten, der Maschinenkuppen und der Winterragarskuppen dem Erdboden gleichgemacht. Außerdem wurden zahlreiche Boote und Yachten, die auf der Werft im Winterquartier lagen, vernichtet, so 80 Segel- und Motorboote, die Vorkörper für 50 Yachten, 60 Ruderboote und 5 Reubauten.

Ein Welttelegraphen-Denkmal. In Bern wurde Samstag das vom Italiener Giuseppe Romagnoli geschaffene Welttelegraphen-Denkmal enthüllt.

Kumudsen auf der Fahrt. Royal Kumudsen hat von seinem Schiff „Maud“ über Spitzbergen seinen ersten Bitterberichts geschickt. Seine letzte Nachricht, die über Rom am 17. August eingetroffen war, bezeichnete die damalige Lage seines Schiffes mit 71,9 Grad nördlicher Breite und 175,1 Grad westlicher Länge. Die jetzige Lage des Schiffes ist mit 73,4 nördlich und 178 östlich von Greenwich gekennzeichnet. Das Wetter war oft klar. Bei leichtem nordöstlichen Winde Temperatur - 24 Grad. Kanzen, der über seine Meinung betreffs dieser Mitteilung befragt wurde, findet sie günstig. Das Schiff „Maud“ ließ sich vom Strome so tragen, wie erwartet wurde und fast in der gleichen Richtung wie „Jeanette“. Es bewegte sich aber bedeutend schneller. Jedenfalls infolge besonders günstiger südöstlicher Winde. Die „Maud“, sagte Kanzen, wird vom Strome kaum über den Nordpol oder nahe zu ihm herangetrieben werden. Das hat aber nicht viel zu sagen, die Hauptsache ist, daß sie sich durch das Polarmeer treiben läßt, was die jetzigen Bedingungen günstig erscheinen.

Goldfunde in Walded. Vor einiger Zeit erregten Meldungen aus Vergbaufreien Ruffen, wonach die in früheren Jahrhunderten geübte und bei den damaligen Lohverhältnissen ertragreiche Goldwäscherei im Ederisch wieder aufgenommen werden sollte. Nunmehr scheint Walded, einer der reinsten deutschen Freistaaten, Goldland zu werden, denn in dem von vielen Sagen umwobenen Eisenberg bei Corbach, einem betriebsamen Industrieflecken, ist Gold gefunden worden. Professor Benschlag von der Geologischen Landesanstalt in Berlin leitete persönlich mehrere Schürfungen. Dabei wurden an verschiedenen Stellen des Berges goldhaltige Leitenschichten gefunden. Die Untersuchung ergab folgende Ergebnisse. So wurden in einer Tonne sener roten Schlenerde 44 Gramm Gold gefunden. Es sind heute Goldbergwerke in Betrieb, in denen goldhaltige Schichten abgebaut werden, die nur zehn Goldmilligramm pro Tonne geben. Es sind auch Schichten mit sichtbarem gediegenem Gold aufgefunden worden.

Ein Denkmal für die Tieropfer des Weltkrieges.

Der Bezirksrat von Westminister hat kürzlich einen Antrag zum Beschluß erhoben, der die Errichtung eines Denkmals für die Tiere, die im Weltkrieg ihr Leben lassen mußten, anordnet. Der Londoner Tiersehrgesellschaft hat dem Denkmalsfonds bereits 2000 Pfund Sterling überwiesen. Die Reihe der Tiere, deren Gedächtnis hier geehrt wird, reicht von den kleinen Vögeln, die zur Aufzucht giftiger Gase benutzt worden waren, bis zu den Elefanten, die beim Transport schwerer Lasten getötet wurden. Im ganzen hat England 364.180 Pferde verloren. Die Zahl der Hunde, die getötet wurden, geht in die Tausende. Die weiteren Opfer umfassen russische Reittiere, Ochsen, Prielstauen, Kafen, ja selbst Goldfische, die zur Freistellung der chemischen Zusammenlegung der Gase in das Wasser gesetzt wurden, das zum Austwaschen der Gasmasken diente.

Bildungsarbeit.

Arbeiterbildung.

In der jüngst abgehaltenen (achten) Sitzung unserer Zentralstelle für das Bildungswesen bot der Bericht des Leiters der Zentralstelle, Gen. Luitpold Stern, ein Bild des Aufschwunges der deutschböhmischen Arbeiterbildungsbewegung. Eine Reihe von Vortragstourneen, insbesondere durch die Kreise Aulitz, Bodenbad, Karlsbad und Teplich erweist das Erstarren unserer Bildungsorganisationen. Der Förderung der politischen Schulung dient die Herausgabe von Merkblättern, von denen „Die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung“ von Julius Deutsch und „Klassenkämpfe und Verfassungskämpfe in Böhmen“ von Emil Strauß eben in zweiter Auflage erscheinen konnten. Neue Merkblätter von Emmy Freundlich, Josef Hossbauer und Karl Rener liegen vor. Große Erfolge lassen sich bei den Vorbereitungen zu den Weihnachtsbühnenfesten in allen Bezirken Deutschböhmens erwarten. Wertvolle Bücher und Bilder sollen werden den Verkauf geschmackloser Geschenke verhindern und sozialen Geist in tausende von Arbeiterstuben tragen. Mit den Vorarbeiten zu diesem großartigen Werk ging Hand in Hand eine Verständigung der Bildungszentrale mit dem Parteibuchhandel. Die Schaffung einer proletarischen Buchgroßeinkaufsstelle ist in die Wege geleitet.

Nicht geringeres Augenmerk wird der Veranstaltung von Lichtbildervorträgen und der Ausstattung der Organisationen mit Lichtbildapparaten zugewandt. Es wird vielleicht möglich sein, durch Erwerb einwandfreier Filme dem Schundfilm und seinen verderbenden Wirkungen entgegenzutreten. Die Bildungszentrale ist daran, eine Buchgenossenschaft zu gründen, eine Art von Lesersummevereinen. Auch die Frage der Herausgabe einer eigenen proletarischen Bildungszeitschrift harret ihrer Lösung.

Die bedeutsamste Anregung dieser Sitzung aber stellt der Plan einer Reichs-Frauen-Schule zur Heranbildung sozialistisch gesculter Rednerinnen und Vereinsleiterinnen dar. Die Schule soll in Form eines vorkommenschaftlichen Internates folgende Lehrgänge dem Verständnis der Hörerinnen näher rücken. Geschichte der Frauenbewegung, Volksgesundheit und Kapitalismus, Gesellschaft und Erziehung, die Lehre vom Klassenkampf. Die Verwirklichung dieses Planes hängt von der Opferwilligkeit der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen ab.

In die Wechselrede griffen ein die Genossen Germa, Deutsch-Prag, Belino-Aulitz, Kuppent-Krummau, Käß-Teplich, Heinrich-Gers, Lieblich-Landskron, Horn-Karlsbad, Kühn-Mies, Hirsch-Teplich und Paul Teplich.

Hierbei kam unter anderem eine Aufforderung des Deutschen Hochschulausschusses in Reichenberg zur Unterzeichnung eines Aufrufes zur Gründung einer „Deutschen Bücherlei“ in Reichenberg zur Sprache. (Wurde abgelehnt.) Ebenso wurde die Stellung unserer Bildungszentrale zu den Uranunternehmen

gen festgelegt. (Teilnahme bei Sicherung der Neutralität der Ukraine.)

Das Ergebnis der Sitzung wird den Kreisbildungsvereinigungen in gedruckten Rundschreiben mitgeteilt.

Alles in allem boten die Verhandlungen der Sitzung das Bild eines reichen geistigen Strebens innerhalb der Partei.

Gerichtssaal.

Zum Brünner Spionageprozess.

Neues belastendes Material gegen Schwabe.

Prag, 19. Dezember. Wie wir aus verlässlicher Quelle erfahren, ist heute durch Brünner Detektive dem Untersuchungsrichter der Spionageaffäre des Abg. Dr. Baeran eine Reisetasche des Juristen Schwabe eingebracht worden, die man in der Garderobe des Brünner Bahnhofes gefunden hat. Schwabe hat diese Tasche vor seiner Verhaftung der Brünner Bahnhofgarderobe unter einem fingierten Namen zur Aufbewahrung übergeben. Die Tasche enthält ungenannt belastendes Material gegen Schwabe und Komarovski, so eine Unmenge von Photographien militärischer Dokumente und Abschriften von Dokumenten selbst. Durch diesen Fund ist die Behauptung Schwabes hinsichtlich gewordener, daß er mit Komarovski Photographien überhaupt nicht hergestellt hätte. Bei der Verhaftung Schwabes war die Reisetasche, die er sonst immer bei sich trug und die man als sein ständiges Reisegepäck kannte, plötzlich verschwunden. Den nachforschenden Detektiven fiel dieser Umstand auf und sie vermuteten mit Recht, daß diese Tasche jenes belastende Material gegen Schwabe enthalte, das für die Erbringung eines lädenlosen Schuldbeweises unbedingt notwendig sei. Am Montag beschloß man in Brünn, auch die Garderobe des Brünner Hauptbahnhofes einer Revision zu unterziehen. Man fand auch tatsächlich die vielgesuchte Reisetasche Schwabes. Die Beweisführung gegen Schwabe steht durch diesen Taschensfund vor dem Abschluß. — Der Prozess gegen den Abg. Dr. Baeran und gegen den Juristen Schwabe soll nicht, wie gemeindet wurde, am 27. Dezember, sondern erst am 8. Jänner beginnen, da die Verteidiger über die Feiertage das riesige Material studieren wollen, das ihnen erst jetzt zur Verfügung gestellt wurde und teilweise noch zur Verfügung gestellt wird. Abg. Dr. Baeran hat für den Prozess drei Verteidiger bestellt: In der Stambulbombarde verteidigt ihn Abg. Dr. Radda, in der Spionageaffäre Dr. Goller aus Brünn und der deutsche Prager Advokat Dr. Eiselt. — Die Staatsanwältin Wurm und Wolf haben sich bereit erklärt, die über sie verhängte Strafe anzunehmen. Sie werden infolge dessen in den nächsten Tagen in das Militärgefängnis nach Theresienstadt gebracht werden.

Die Leiden einer Lehrerin.

Prag, 19. Dezember. In der Mädchen-Bürgererschule in Komarow bei Horowitz war im heurigen Frühjahr eine neue Lehrerin für Handarbeiten angestellt worden, da die frühere wegen Alterschwäche in Pension gehen mußte. Die neue Lehrerin, Fräulein Marie Boudel, hatte in Komarow vom ersten Augenblicke an mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Die frühere, alte Lehrerin war nämlich im Orte sehr beliebt und man empfand ihre Pensionierung als ein Unrecht. Und so begann in Komarow ein Resistenz gegen Marie Boudel. Alles verbündete sich gegen die Lehrerin: sie unterrichtete schlecht, verstand wenig von ihrem Fach, sei nur durch Protection zu der Stelle gekommen usw. — das war die Meinung der Eltern der Kinder, die von der Lehrerin Boudel unterrichtet wurden. Natürlich fühlten die Kinder sofort heraus, daß ihre Klagen gegen die unbeliebte Lehrerin bei ihren Eltern auf einen fruchtlosen Boden fallen und sie verdarben nun oft absichtlich die Handarbeiten, um zu Hause neue Beweise der Unfähigkeit ihrer Lehrerin zeigen zu können. Die Lehrerin wußte sich bald nicht mehr zu helfen. Ihre Ermahnungen und Strafen fruchteten bei den Kindern nicht. Die Eltern selbst

waren in ihrer blinden Abneigung gegen die Lehrerin so gewissenlos, daß sie sogar eine Beschriftung gegen die Lehrerin im Dorfe zur Unterschrift herumreicherten und das Schriftstück dann dem Ortschulrate übergaben. Gegen Marie Boudel wurde das Disziplinarverfahren eingeleitet. Die Lehrerin wurde auch dazu veranlaßt, gegen die Petenten wegen ihrer Angriffe in dem Schriftstück die Ehrenbeleidigungsklage einzureichen. Das Disziplinarverfahren ergab die vollständige Haftlosigkeit der gegen Marie Boudel erhobenen Anschuldigungen. Im Ehrenbeleidigungsprozeß wurden neun Bürger von Komarow — durchwegs Angehörige der Dorfvolksgenossen — teils zu Arreststrafen bis 48 Stunden, teils zu Geldstrafen in der Höhe von 50 bis 200 K verurteilt. Die Verurteilten legten gegen die Verurteilung Berufung ein. Heute fand vor einem Strafgericht des Prager Landesgerichtes die Berufungsverhandlung statt. Der Strafsenat bestätigte das Urteil des Komarower Bezirksgerichtes und verurteilte die Angeklagten zur Tragung der Kosten des Berufungsverfahrens.

Blutshande.

Prag, 19. Dezember. Die beiden Söhne des Bauern Borliskel in Ankeles überraschten im Juni dieses Jahres ihren Vater mit ihrer Schwester Wilhelmine in einer sehr verhängnisvollen Situation. Sie machten durch ihrer Schwester Vorwürfe und drohten ihr mit der Anzeige. Die Schwester gestand ihnen damals, daß sie schon im Jahre 1920 von ihrem Vater vergewaltigt worden sei und daß sie ihm seit dieser Zeit immer gefügig sein mußte, wenn er es von ihr verlangte. Für jedes Zusammensein hätte ihr der Vater je 20 K gegeben. Die Brüder drangen nun in die Schwester, die sie in der Folgezeit noch einige Male mit dem Vater im Bette erwischt, gegen diesen die Anzeige zu erstatten. Nach langem Jögern entschloß sich das Mädchen, bei der Gendarmerie gegen ihren Vater die Anzeige wegen Vergewaltigung und Verbrechen der Blutshande zu erstatten. — In der heute gegen Borliskel durchgeführten geheimen Verhandlung wurde der Angeklagte freigesprochen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der überfüllte D. S. B.

Die unseren Lesern noch erinnerlich sein dürfte, brachten wir am 5. Oktober einen Artikel, in welchem wir die Luttreibverbände, die der Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband in Aulitz unter Mitwirkung der Unternehmern für die tschechische Angestellten-Krankenkassa in Prag, eine Domäne der ehrgeizigsten Maschin- und Kramar-Anbieter, betreibt, in einwandfreier Weise aufdeckten.

Damals stand uns das Rundschreiben des Angestelltenausschusses der Firma Schicht zur Verfügung, welches den Beweis dafür lieferte, mit welchen Versprechungen die nichtschwendenden Schichtischen Angestellten in das so schlaue von dem D.S.B.-Sekretär Ulrich und den Prager Modern eingedeckelte Geschäft hineingelockt wurden.

Ein Hüllhorn schönster Versprechungen wurde den Angestellten von Schicht dargereicht:

- Bei gleichen Beiträgen höhere Krankengelder, freie Kartzewahl, bedeutend höhere Wöchnerinnenunterstützung, wesentlich höhere Beitragsleistung bei jahnärztlicher Behandlung —

waren die Vorteile, die der D.S.B. seinen Leuten versprach, wenn sie sich den fürsorglichen Prager Angestelltenvereiner um Masin und Kramar anvertrauen wollten.

Der Umstand, daß die deutschen Mitglieder in der Provinz in der Leitung der in tschechischnationalen Händen befindlichen Krankenkassa keine Parteinahme finden würden und daß ohne eine solche Vertretung die Rechte der versicherten Mitglieder dem Guldichten

Verbreitet die Arbeiterpresse.

Copyright 1922 by Der Malik-Verlag, Berlin-Köpenick.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (37)

Autor. Uebersetzung von Hermynia zur Wahlen.

„Wir haben für heute morgen eine Sitzung des Ausschusses einberufen, werden eine Resolution fassen, damit der Oeffentlichkeit klar werde, daß wir nichts von dem Ueberfall in der Kirche wußten und gegen derlei Dinge sind. Hätten wir die Ideen dieses Zimmermanns gekannt, wir würden ihm nicht gestattet haben, von unserer Tribüne aus zu sprechen.“

Darauf hatte ich nichts zu erwidern, und ich teilte dem Gewerkschaftsführer dies mit. Er beobachtete mich besorgt. „Wie ich höre, will dieser Mensch wieder in unsere Streikfläche kommen. Stimmt das?“

„Ich glaube, ja. Es wäre Ihnen wohl lieber, er täte es nicht?“ Der andere bejahte, und ich lachte. „Er hat wohl schon für tausend Dollars Galsfreundschaft genossen!“

„Wir wollen ihn nicht kränken. Natürlich geht es uns recht schlecht, und wir waren froh, das Geld zu bekommen; doch wäre es besser, brächte unsere Organisation die nötigen Summen auf, und wir bräuchten nicht einen derartigen Preis an Zeitungsabgaben zahlen.“

„Dann lassen Sie doch Ihre Organisation das Geld aufbringen und geben Sie es Herrn L. S. und Mary Magna zurück.“

„Er brauchte eine Weile, ehe er mit dieser Idee ins Reine kam, meinte dann: „Wir haben nichts dagegen, wenn Herr L. S. herkommt und auch Fräulein Magna möge kommen.“

„Das heißt, so lange sie nicht das Gesetz übertreten und nicht die „Times“ gegen sich aufreizen.“ Nach einem Augenblick fügte ich hinzu: „Beruhigen Sie sich. Ich werde unten auf Herrn Zimmermann warten und ihm mitteilen, daß man ihn hier nicht haben will.“

Ich verlieh das Gewerkschaftshaus und schritt auf dem Trottoir auf und ab. Es war unvernünftig von mir, dem Gewerkschaftler zu zürnen, weil er „Vernunftsgründe“ angeführt, die gleichen Vernunftsgründe, mit denen ich gestern Abend Zimmermanns Anhängern gegenüber operiert hatte. Auch mußte ich mir selbst zugeben, daß ich, wäre ich ein Gewerkschaftsführer und müßte ich eine Gruppe halbgebildeter Menschen einer Stadt wie der unseren gegenüber im Jaum halten, nicht die leichtsinnige, lachende Haltung haben würde, wie sie ein gewisser junger Mann hat, dessen Taschen voll unbedienten Geldes sind.

Als es mir gelungen war, mich in diese nachsichtige Stimmung zu versetzen, bemerkte ich eine weitgewandte Gestalt, die Arm in Arm mit einer schwarz gekleideten auf das Gewerkschaftshaus zu strebte. Ihnen folgte Everett, der heute noch ärger ausah, denn kein Gesicht bestand aus purpurnen und seinen Fleden. Hinterher kamen Kornysh und noch zwei andere Männer, Roneta, ein junger mexikanischer arbeitsloser Arbeiter aus einer Zigarenfabrik, und Hanby; letzterer hatte sich am vorhergehenden Abend als Pazifist eingeführt, der während des Krieges wegen seiner Ueberzeugung halbrot geschlagen und eingesperrt worden war. Jemandwie sagte er nicht zu meiner Vorstellung von einem Pazifisten, war stämmig, fast dick, hatte nichts von einem Idealisten. Aber Zimmermann nahm ihn auf wie jeden anderen; dieser Mensch konnte kein Mistrauen.

43.

Ich trat zu der Gruppe, machte ihnen so lautvoll wie möglich klar, daß man sie nicht im Gewerkschaftshaus haben wolle. Genosse Abel war die Arme hoch. „Oh, diese elenden Gewerkschaftsbongzen“, rief er. „Diese jämmerlichen, feigen, verächtlichen Politiker. Sie denken nur daran, wie sie ihre Respektabilität wahren können, Kamernern sich an ihre feinen, schönen Gefäße.“

„Was wollen Sie?“ fragte Kornysh. „Ihr treibt den Arbeiter in die Politik, und dann adelt ihr ihn, weil er ein Politiker wird.“

„Das Geld werden sie aber wohl kaum zurückergeben.“ meinte Everett bitter.

„Es wurde davon gesprochen“, entgegnete ich. „Doch glaube ich nicht, daß sie das Geld zurückergeben werden.“

Nun sprach Zimmermann: „Das Geld wird gegeben, um die Jungen zu speisen. Wird es dazu verwendet, so ist alles in Ordnung. Und wenn Menschen eine neue Lehre verkünden, so dürfen sie nicht erwarten, daß man sie freudig willkommen heißt. Wir wollten Ausgestohene sein, dürfen uns jetzt nicht beklagen. Laßt uns zum Gefängnis gehen. Vielleicht ist dies für uns der rechte Ort.“ Und die kleine Gruppe schritt weiter.

Untermweg redeten wir über die Arbeiterbewegung. Genosse Abel meinte, Zimmermann habe recht, das Unglück sei, daß auch das Proletariat noch vom Geist der Herren durchtränkt ist. Es streift für diese und jene Verbesserung seiner Lage, dann aber geht es zur Wahlurne, gibt für den Kandidaten der Herren seine Stimme ab. Kornysh war heftiger in seinen Reden; er war ein industrieller Unionist, hielt die Gewerkschafts-

verbände für völlig nutzlos, nannte sie eine kleine Gruppe der Arbeiteraristokratie, die auf Kosten der Massen den eigenen Vorteil suche, auf Kosten der unorganisierten, ungelerten Arbeiter und der großen Menge der Gelegenheitsarbeiter. Deshalb haben auch die Jungen im Gewerkschaftshaus so wenig Verständnis für Zimmermann und seine Lehre der allgemeinen Verbrüderung. Hierzulande will jeder über das Gesicht eines anderen zur Höhe aufklimmen.

Wir hatten den Broadway erreicht. Unsere kleine Gruppe erregte Aufmerksamkeit, Neugierige folgten uns. „Es wird sich wieder eine Menge zusammenrotten und Zimmermann wird abermals eine Rede halten“, dachte ich und fürchtete wieder einmal ein moralisches Dilemma; soll ich dort bleiben oder feige fortlaufen, den guten Ruf meiner Familie wahren?

Bläulich ertönte Musik, Trommeln und Querpfeifen, schrill und laut: „... und du mein Schatz bleibst hier“. Zimmermann, der vor mir einherschritt, blieb stehen und schien vor dem, was da kam, zurückzuweichen, bis er mit dem Rücken an ein Schaufenster stieß und nicht weiter zurückgehen konnte.

Auf der Straße marschierte eine Kompagnie Eyzoldaten heran, ein bis zweihundert Mann; sie trugen Flinten mit ausgepflanzten Bajonetten, die in der Sonne glitzerten. An der Spitze schritten zwei Trommler und zwei Querpfeifer, zwei Fahnen flatterten in der Luft, die Fahne der Brigade und die des Nordlands. Nun erinnerte ich mich, in der Morgenzeitung gelesen zu haben, daß der Kommandeur der Brigade ankommen werde; zweifellos war dies eine Delegation, die ihn abholte.

(Fortsetzung folgt.)

der Prager Wacker einfach preisgegeben wären, machte dem DGB. und dem Herrn Ulrich, der das Geschäft „managert“, kein Kopfzerbrechen. Die Unternehmer wünschen es und das genügt dem DGB., um seine Mitglieder an die Prager Krankenkassa auszuliefern. Und nun sind wir abermals in der Lage, dem DGB. zu beweisen, was er mit seiner berühmten „Ueberführung“ der Angestellten in die berufständigen Angestelltenkrankenkassa angedeutet hat.

Ein günstiger Zufall machte uns mit dem Inhalte des nachfolgenden Schreibens des „Deutschen Hauptverbandes der Industrie in Teplitz-Schönau“ bekannt:

Wir erfahren, daß eine Reihe von Industrie-Unternehmungen des dortigen Gebietes ihre Beamtenschaft zur Prager Privatbeamtenkassa überführt haben. Wir wären Ihnen für nähere Mitteilungen sehr verbunden.

Soweit wir erfahren, ist der DGB., welcher bisher die Sache propagiert hat, hineingefallen und ist auch er derzeit der Ansicht, daß vorläufig keine weiteren Firmen der Prager Kassa beizutreten hätten, bevor nicht wirklich genügende Garantien gegeben werden.

Wir fürchten, daß der DGB. und Herr Ulrich die Weihnachtstunde zu verdröben, wenn wir sie heute mit der Mitteilung überraschen, daß ihre intimsten Freunde, die Unternehmer, welche ihnen doch so viel — die Zerstückelung der Angestellten — zu verdanken haben, jetzt mit breitem Schragen erzählen, daß „der DGB. hineingefallen ist“. Die wahre Liebe ist das nicht!

Der Brief der Unternehmer ist wohl kurz, gewährt uns aber, da er keineswegs für die Öffentlichkeit bestimmt war, Einblick in Dinge, die sonst sorgsam verheimlicht werden, weil sie das Licht der Öffentlichkeit scheuen müssen.

Da ist vor allem schon der erste Satz des Briefes, der uns erzählt, „daß eine Reihe von Unternehmungen des „dortigen“ Gebietes ihre Beamtenschaft zur Prager Krankenkassa überführt haben“, woraus abermals mit aller Deutlichkeit hervorgeht, daß hier die Unternehmer in Gemeinschaft mit dem DGB. operieren, denn schon im zweiten Absatz heißt es ja, daß „der DGB. die Sache bisher propagiert hat“.

Uns ist diese Bettgemeinschaft des DGB. mit dem „Deutschen Hauptverband der Industrie“ nichts neues — die Mitglieder des DGB. allerdings dürften überrascht und vermutlich wenig erbaud darüber sein, welche engen Zusammenhänge DGB. und Unternehmer im geheimen verbinden.

Und wie eng diese Zusammenhänge sind, erfährt man aus dem weiteren Inhalte des Briefes, wo es heißt, „daß der DGB. derzeit der Ansicht ist“, denn daß der gute DGB., nachdem er zu dieser „Ansicht“ leider etwas spät gelangt ist, darüber in der Öffentlichkeit nichts verlauten läßt, sondern dies auf traute Jökelsprache seiner Sekretäre mit den Unternehmervertretern schließen läßt, ist sonnenklar.

Und wie interessant ist es, sojann zu erfahren, daß der Unternehmerverband nach Ansicht des DGB. die Weisung weitergibt, „daß vorläufig keine weiteren Firmen der Prager Krankenkassa beizutreten hätten“. Welch treue Waffenbrüderschaft zwischen DGB. und Unternehmerverband!

Wie gewissenlos und leichtfertig aber der DGB. mit den wichtigsten Rechten der Angestellten umspringt, erfährt man am besten daraus, daß er, erst nachdem eine ganze Reihe Firmen, darunter Schlacht mit hundertern Angestellten, an die Prager Krankenkassa ausgetreten wurden, sich darauf besinnt, „daß nicht genügend Garantien gegeben wurden“.

Wenn sich die Unternehmer dessen freuen, daß der DGB. hineingefallen ist, so zeugt dies von der Wertschätzung, deren sich der DGB. bei ihnen erfreut, denn daß hunderte Angestellte ebenfalls auf die Versprechungen des DGB. hineingefallen sind und auf ihre gesetzlichen Rechte in den Bezirkskrankenkassen verzichten, um dafür die Versprechungen der Prager Chaudinisten einzutauschen, ist natürlich für die Unternehmer nicht von Belang.

Aber für uns ist es gleichzeitig ein Beweis, mit welchem verbrecherischen Jynismus die Unternehmer hier die Angestellten zu ihrem Angriffe gegen die einheitliche Krankenkassenversicherung mißbrauchen, denn die Kosten zahlen ja nicht die Unternehmer, auch nicht der DGB., sondern die Angestellten.

An diesen Angestellten ist es aber auch, sich, so lange noch Zeit, ihr gutes Recht zurückzuerobieren, indem sie ihre Unternehmer zwingen, die bereits erfolgten Anmeldungen zur Prager Krankenkassa zurückzunehmen.

Mit dem DGB., dieser „Gewerkschaft“, die hinter dem Rücken der Angestellten und auf ihre Kosten den Kampf der Unternehmer gegen die Krankenkassenversicherung führt, mögen die freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen abrechnen, denn diese Privatität, deren sich der DGB. schuldig gemacht, wird wohl auch dem rückständigsten Arbeiter des DGB. die Augen öffnen.

Ein amtlicher einheitlicher Index.

Während das statistische Staatsamt bisher zwei Indices berechnet hat, einen für die meisten Lebensmittel, den anderen für Kleider und Schuhe, bringt die neueste Publikation des statistischen Staatsamtes einen einheitlichen Index für das Jahr 1922. Darnach stellt sich die Preisbewegung im Jahre 1922 folgendermaßen:

Jänner	1675
Feber	1520
März	1552
April	1491
Mai	1471
Juni	1471
Juli	1464
August	1386
September	1155
Oktober	1059
November	1017
Dezember	999

Dies alles im Verhältnis zu 1914, in welchem Jahre der Preisindex mit 100 angesetzt ist. Im Verhältnis dazu sind die Indices für einige wichtige Staaten die folgenden: Großbritannien 166, Frankreich 345, Italien 655, Vereinigte Staaten 159, Deutschland 166.495.

Eine Erhöhung der Umsatzsteuer für Kohle?

Am Freitag fand — wie wir der „Tribuna“ entnehmen — im Finanzministerium eine Enquete statt, die sich mit der pauschalieren Umsatzsteuer für Kohle befahte. Der Vertreter des Finanzministeriums führte aus, daß der Ertrag der Steuer ein sehr geringer ist und daß darnach gestrebt werden muß, diesen zu erhöhen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, für den 29. Dezember eine große Enquete einzuberufen. Das Finanzministerium trägt sich angeßlich mit der Absicht, die Pauschalierung der Umsatzsteuer bei Kohle abzuschaffen und außerdem noch den Eigenverbrauch der Kohlenwerke zu besteuern. — Und das nennt man Preisabbau!

Heraussetzung des Bankzinsfußes.

In der heutigen Sitzung des Bankauschusses wurde beschlossen, den Bankzinsfuß zu erhöhen, um der Spekulation mit der tschechischen Krone entgegenzutreten. Der Eskompte wurde von fünf auf sieben Prozent heraufgesetzt, der Lombard von sechs auf acht Prozent. Die wir erfahren, handelt es sich um eine vorläufige Maßnahme, die nur solange aufrecht erhalten wird, als es die jetzige Spekulation in Devisen und Wäskuten notwendig erscheinen läßt.

Tschechoslowakische Dukaten.

Der von uns bereits angekündigte Gesetzesentwurf über die Ausprägung tschechoslowakischer Dukaten wurde vorgestern dem Parlament vorgelegt. Die Regierung, aus der diese Münzen hergestellt werden sollen, wird aus 986 ein Neuntel Teilen Gold und 13 acht Neuntel Teilen Kupfer geprägt werden. Ein Dukaten enthält rund 3.4 Gramm reines Gold. Die Vorderseite des Dukaten wird ein Bild des heiligen Wenzel zeigen, die Rückseite das Wappen der tschechoslowakischen Republik. Der Dukaten hat keinen Zwangskurs, sondern ist eine Handelsmünze, die nach Belieben Verwendung finden kann.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	15'05.00
Berlin	208.47
Wien	1947.00

Prager Kurse.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1403.00	1407.00
100 Mark	0'41.00	0'36.00
100 schweiz. Frank.	681.75	684.25
100 Ster.	180.25	181.75
100 franz. Frank.	261.25	262.75
1 Pfund Sterling	161.25	162.75
1 Dollar	34'50.10	35'20.00
100 belg. Frank.	241.25	242.75
100 Dinar	37.25	37.75
100 österr. Kronen	0'04.85	0'05.35
100 poln. Mark	0'16.75	0'21.75
100 ungar. Kronen	1'47.00	1'57.00

Züricher Schlußkurse.

Berlin	0'07.25	Paris	38'90.00
Wien	0'00.75'00	Wienland	28'95.00
Prag	15'05.00	Pub.veh.	0'22.75
Holland	211.00	Belgrad	5'80.00
New York	5'27.37	Warschau	0'02.75
London	24'50.50	Wien aest.	0'00.00

Kunst und Wissen.

Geistspiel Fritz Korner — Othello. (Neues Theater.) An diesem Abend, da Fritz Korner den Othello spielte, welche es wie Atem der Natur über die Bühne. Dieser Othello — das war das Wunder gütigen Waldes, der sich mit dankbarer Seligkeit der Gnade göttlicher Liebe hingibt. Alles war in diesem Walde, was

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau,

Tischlergasse 6, 1002 empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliederbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Faktoren, Briefpapieren etc in solider und rascher Ausführung. Seismaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

BERSON
GUMMIABSÄTZE
und
GUMMISOHLEN
sind billiger und dauerhafter wie Leder!
Bester Schutz gegen Nässe u. Kälte!

wir erstaunend ehrfürchten, womit wir verbunden sein möchten: kindliches Erleben, Demut des Herzens, Dankbarkeit zu sein und selbst Geheimnis unbegreiflicher Effizienz. Das Urelementare, das auch rasen muß, wenn ihm die Gnade der Liebe entzogen wird. Aber sein Rosen vernichtet unter Tränen, die gütige Natur weint um den Verlust der Güte. Sie ergoß es nicht, daß ein Böses ist. Dies alles ungefähr strömte aus der Darstellung Fritz Koriners. Der Gast wurde stürmisch, leider von wenig Erschienenen gefeiert. Es ist bestrebend, daß die Theaterleitung Kinostars und Nachtvorstellungsgrößen mittels eines gewaltigen Kollapsapparates in „Ezene“ setzt und bei der Ankündigung eines wirklich Großen versagt. o. k.

Neues Theater. Heute, den 20.: „Manon“; Donnerstag, den 21.: „Maskenball“ (mit Picaver); Freitag, den 22.: „Carmen“; Samstag, den 23.: „Blauhort“; Sonntag, den 24. geschlossen; Montag, den 25.: nachmittags „Schneewittchen“, abends Premiere „Frasquita“.

Kleine Bühne. Donnerstag, den 21.: „Der milde Theodor“; Freitag, den 22.: „Menagerie“; Samstag, den 23.: „Frau Präsidentin“; Montag, den 25.: nachmittags „Wauwau“, abends „Man kann nie wissen“.

Das Weihnachts- und Silvester-Programm des Neuen Deutschen Theaters und der Kleinen Bühne. Für die bevorstehenden Weihnachtsfeiertage hat die Direktion ein Programm ausgearbeitet, das durch die Wahl der Werke und seine Reichhaltigkeit zweifellos ohne allgemeinen Beifall finden dürfte. Zunächst ist

Mitteilungen aus dem Publikum.



Das ist die neue Packung der bekannten, vollkommen buttergleichen **VISA N** Margarine.

Das Beste für Ihre Augen liefert **Optiker Deutsch, Prag,** Graben, 23, Kl. Sazav.

Weihnachts Wunderkerzen
prompt und billig
Unio-Werke Pilsen

Vortrater für den Prager Kreis: JOSEF POLLAK, Weinbergg. Rosslava 3, Teleph. 210. — Vortrater für den Brünnner Kreis: KARL TANZER, Bräun, Legionářská 15, Teleph. 3519 IV. — Vortrater für Mittelböhmen: JOSEF TRAJER, Prossnitz, Tel. 302, 1242

Herausgeber: Dr. Ludwig Gass und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Bibliotheken
für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der **Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.**
Interessieren Sie sich im **Sozialdemokrat !!**

für den ersten Weihnachtstag (Montag) die Premiere der Beharischen Operettenkomödie „Frasquita“ angeht. Die erste Wiederholung findet Dienstag, den 26. statt. Am Silvestertage gelangt als Abendvorstellung Behar's Operette „Der Graf von Luxemburg“ zur Aufführung (Beginn halb 7 Uhr) und als Nachtvorstellung wird Buchbinders köstliche Gefangensposse „Er und seine Schwester“ gegeben werden. Auch für das kleine Publikum hat die Direktion eine Weihnachtsfreude vorbereitet, indem sie das Märchenpiel „Schneewittchen“ von C. Höörner neuinstudiert und mit reichen Balletteinlagen ausgestattet hat. Es finden Aufführungen des Märchenpiels Montag, den 25., Dienstag, den 26., Sonntag, den 31. Dezember und Montag, den 1. Jänner statt. Beginn stets halb 8 Uhr nachmittags (Nachmittagspreise). Einen besonderen Anreiz für die kleinen Besucher wird auch noch eine Kindertombola bieten. Zu jeder Eintrittskarte wird nämlich ein nennigeltlich eine Nummer ausgegeben und es sind für jede Vorstellung fünf Gewinne ausgesetzt, deren erster stets eine als Schneewittchen gekleidete Puppe bilden wird. — Auch die Kleine Bühne bietet für die Weihnachtstage ein überaus reichhaltiges Programm. Und zwar ist angelegt: Für Montag, den 25., Anfang halb 8 Uhr, die amüsante Komödie „Der Wauwau“, als Abendvorstellung Shows „Man kann nie wissen“; Dienstag, den 26. wird nachmittags „Der Werwolf“ gegeben (halb 8 Uhr) und abends findet die erste Wiederholung des neuinstudierten Schwanes „Die Frau Präsidentin“ mit Frau Pepi Glöckner-Kramer als Gast in der Titelrolle statt. Der Silvestertag bringt nachmittags halb 3 Uhr „Der müde Theodor“, abends eine Wiederholung von „Die Frau Präsidentin“ (Anfang 7 Uhr) und um 10 Uhr eine Nachtvorstellung, bei der die unterhaltende Komödie „Karussell“ von Verneuil zum erstenmale zur Aufführung gelangt. Der Kartenvorverkauf für sämtliche Vorstellungen beginnt heute.

Turnen und Sport.

Fußball. Die Prager Sparta wird zu Neujahr und am 6. Jänner in Barcelona gegen den Real Club Deportivo Espanol zwei Wettspiele austragen. Die Spanier sollen dann im Monate April nach Prag kommen. — Der Fürnberger Fußballverein spielt zu Weihnachten in Prag gegen die Viktoria Zizkov und gegen H.F. Bräovic. — Die Meisterchaft des Niederrösterreich. FB. weist mit Schluß der Herbstsaison folgenden Stand auf: 1. Amateure mit 17 Punkten aus 10 Wettspielen, 2. Rapid mit 14 Punkten aus 10 Spielen, 3. Admira 14 Punkte, 12 Spiele, 4. Hertha, 5. Wacker, 6. Paloaq, 7. Vienna, 8. Sportklub usw. — Der Länderkampf Spanien gegen Portugal gelangt am kommenden Sonntag, den 24. Dezember in Lissabon zur Austragung. Es ist dies das zweite offizielle Zusammentreffen der beiden Nachbarstaaten. (Pr. Pr.)

Billiges schönes Glas
und Gablonzer Bijouterie aller Art erhalten Sie bei **„ČECHIA“**
Zentral-Produktiv-Genossenschaft für Glas- und Kunstindustrie r. G. m. b. H. in Teplitz-Schönau Eck der Schul- und Theresienstraße Nr. 2.
Hütten und Schleifereien: Zlíchov-Gäpel, Slowakel, Schleifereien: Brand-Tannwald. — Tel.-Nr. Teplitz-Schönau 551, Tiefenbach 8. — Fabrikalager und Musterzimmer: Teplitz, Theresienstr. Nr. 2.
Erzeugung aller Arten Hohlglasware für Haushaltungen, Hotels, Restaurationen, Serviceglas, einfach geschliffenes und luxuriös geschliffenes Glas, geschliffene Parfümflacons, amaltes und farbige Glas, Reklamierglas aller Art, Bijouterie, Gablonzer Waren.
Detailverkauf im eigenen Hause.

Seit Mitte des Monats Oktober erscheinen die beiden **Arbeiter-Kalender** die vom Parteivorstand herausgegeben werden und zwar der **Arbeitertafelkalender** der wieder eine Fülle des für jeden Arbeiter Wissenswerten aus dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung und der Volkswirtschaft enthält und ferner die für jeden Arbeiter notwendigen Adressen, Monatsvermerkbücher, ein Tagebuch für das ganze Jahr 1923 u. noch verschiedenes andere. Gleichzeitig erscheint das **Arbeiter-Jahrbuch 1923** das reich illustriert ist, zahlreiche Gedichte, Erzählungen, Aufsätze und Skizzen enthält und im besten Sinne des Wortes ein Handbuch für sozialdemokratische Arbeiter genannt werden kann. — Bestellungen auf die beiden Kalender nehmen unsere Vertrauensmänner entgegen.
Der **Arbeiter-Kalender** kostet 6 Kronen und das **Arbeiter-Jahrbuch** 1923 7 Kronen.
Genossen und Genossinnen! So wie ihr die bürgerliche Presse aus den Arbeiterwohnungen verdrängt, müßt ihr auch die bürgerlichen „Familienkalender“ aus ihnen verdrängen und dafür sorgen daß möglichst viele unserer Arbeiter-Kalender vertrieben werden.